

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nazis für Young-Tribute

Wirtschaftspartei rettet Regierung / Rosenfeld fordert proletarische Einheitsfront

Berlin, 26. Februar 1932.

Nach unserem Genossen Siemsen erhielt am Donnerstag abend noch Torgler (KPD) das Wort. Er legte auf den Tisch des Hauses einige „Dokumente“ nieder, denen man die Fabrikation von Spitzels Hand von weitem anmerken konnte. Das eine dieser „Dokumente“, „an alle „Führer“ und Funktionäre gerichtet“, besagt, daß in der Nacht vom 12. auf den 13. März ein kommunistischer Umsturzversuch stattfinden solle, und gibt genaue Anweisungen für diesen Streich. Ein anderes, ebenso phantastisch und auf den ersten Blick als Lockspitzelarbeit erkenntlich, gibt einen Befehl der „26. RFB-Division Budjenny, Stuttgart“ wieder und will also den Anschein erwecken, als ob die KPD, wie Hitler, über eine bewaffnete Privatarmee verfüge. Torgler fordert die Zerstückelung des Young-Plans und erinnert an einen Anti-Hindenburg-Aufruf des „Vorwärts“ vom Nachttag der Wahl Hindenburgs, in dem es heißt, daß der Arbeiterschaft nun schwere Tage drohen. Das „Hindenburg-Programm“, das in den sieben Jahren der Präsidentschaft des alten Marschalls durchgeführt werden würde, enthalte hohe Steuern, Herabsetzung der Erwerbslosen- und Versicherungsrenten und Zölle, Zölle und wieder Zölle. Dieses „Hindenburg-Programm“, sagte Torgler, „ist

bis zum Letzten durchgeführt, ja noch weit darüber hinaus gehen die Lasten, die unter der Präsidentschaft Hindenburgs und unter der Duldung der Sozialdemokratie durchgeführt worden sind, und immer noch mutet die SPD den Arbeitern zu, ihrer Theorie vom „kleineren Übel“ zu folgen“. Als nach Beendigung von Torglers Rede die KPD-Fraktion die „Internationale“ anstimmt, verläßt der Vicepräsident den Stuhl und hebt so die Sitzung auf. Nach Wiederbeginn der Tagung verkündet er den Ausschluß von Pieck und Remmele, die sich als Gesangsmeister und Dirigenten betätigt hätten.

Nach Torgler kam Dr. Goebbels an die Reihe und versuchte vor der Mehrheit des Plenums seinen so belasteten Satz über die „Partei der Deserteure“ dahin zu ergänzen, daß er durch den Tumult verhindert gewesen wäre, ihn dahin zu vollenden, daß den Kandidaten, der von dieser Partei der Deserteure gelobt würde, nicht auch die Nazis loben könnten. Der Nazi provozierte fortgesetzt; Loebe schützte ihn vor dem leisesten Zwischenruf, um sich bei den Nazis Anerkennung für bewiesene Objektivität zu holen.

Nach dem Deutschnationalen von Freytag-Loringhoven, der sich gegen Brüning verteidigte,

erklärte der Volkspartei-Führer Dingeldey, daß seine Fraktion geschlossen für die Mißtrauensanträge stimmen werde.

Den Reigen schlossen Rossmann von der SPD und Reinhold von der Staatspartei ohne sonderlich erwähnenswerte Mitteilungen. Die Nationalsozialisten hatten ein Mißtrauensvotum gegen Loebe eingebracht, über dessen Zulässigkeit der Aeltestenrat lange beriet. Obwohl er zu dem Ergebnis kam, daß seine Diskussion nicht zulässig sei, erklärte Loebe, daß er es zur Debatte stellen werde.

Nach Schluß der Sitzung tagte bis 12½ Uhr morgens die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Nach Schluß der Sitzung kam der Abgeordnete Schweine-Schmid aus dem Saal und pustete erfrüht die Worte in die Luft:

„Fraktion kaputt!“

Man meint, daß er mit anderen Volksparteilern den Weg zu Hugenberg gehen werde. Die Abgeordneten von Kardorff, Cur-

SPD toleriert

den Einzug der Nazis in die Reichswehr
den Kanzler, der die Republik im Keim ersticken wollte
das 800-Millionen-Geschenk an das Finanzkapital

Berlin, 26. Februar 1932.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion teilt mit: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitagvormittag kurz vor Beginn der Plenartagung eine kurze Sitzung abgehalten. Es wurde beschlossen, gegen sämtliche Mißtrauensanträge zu stimmen. Die Fraktion schloß sich dabei der Auffassung ihres Vorsitzenden, Dr. Breitscheid, an, wonach zwar die Ausführungen des Reichskanzlers und des Reichswehrministers über den Reichswehrraß die Sozialdemokratie nicht befriedigen könnten, daß es aber in der gegenwärtigen Lage ein schwerer politischer Fehler sein würde, wenn die Sozialdemokratie eine Regierungskrise herbeiführe. Die sozialdemokratische Fraktion wird einstimmig gegen sämtliche Mißtrauensanträge stimmen. Bis auf den schwer erkrankten Abgeordneten Limbertz ist die sozialdemokratische Fraktion in der heutigen Sitzung des Reichstags vollzählig versammelt.

Wieder gerettet!

TU. Berlin, 26. Februar 1932.

Im Reichstag wurden am Freitag die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten gegen die Reichsregierung mit 289 gegen 264 Stimmen abgelehnt. Mit den Antragstellern stimmten auch das Landvolk und die Sozialistische Arbeiter-Partei.

Die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen und Kommunisten gegen den Reichswehrminister wurden mit 305 gegen 250 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Für diese Mißtrauensanträge stimmten auch die Nationalsozialisten und die Sozialistische Arbeiterpartei.

Der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den Reichsfinanzminister Dietrich verfiel mit 291 gegen 250 Stimmen bei 11 Enthaltungen der Ablehnung.

tius, Glatzel und v. Hrscheinlich Kahl dürften dagegen aus der Volkspartei-Fraktion austreten, weil sie unter keinen Umständen gegen die Regierung stimmen wollen.

Der letzte Tag der Debatte

Am Freitag begann die Sitzung des Reichstags schon um 10 Uhr vormittags. Präsident Loebe gab bekannt, daß der Abgeordnete Frank Glatzel (DVP) um Urlaub ersucht habe. Er will augenscheinlich nicht aus der Fraktion ausgeschlossen werden und ebenso augenscheinlich nicht gegen die Regierung stimmen. Der deutschnationale Abgeordnete Gottheiner rügt die Übertragung der gestrigen Reichskanzlerrede durch den Rundfunk und verlangt Rechenschaft von der Regierung, die sich geweigert habe, auch die Opposition im Rundfunk zu Worte kommen zu lassen. Präsident Loebe übernimmt die Verantwortung. Er habe von sich aus dem Rundfunk die Genehmigung erteilt.

Der Abgeordnete der Nazis, Rosenberg, polemisiert gegen Brüning, der ihn gestern mit seiner Erwähnung der Balten schwer gekränkt hat, und sagt, auch der gegenwärtige Reichspräsident sei in einer Stadt geboren, die heute zu Polen gehöre. Dann beantragt Frick, den Reichsfinanzminister Dietrich herbeizuholen, gegen den sein Parteifreund Reinhardt jetzt schwere Angriffe richten werde. Ueber diesen Antrag muß im Hammelsprung entschieden werden, und noch ehe dessen Ergebnis verkündet werden kann, erscheint Dietrich auf der Ministerbank. Als Loebe bekannt gibt, daß der Antrag Frick mit etwa 30 Stimmen Mehrheit

abgelehnt ist, verläßt Dietrich, ebenso plötzlich, wie er erschienen, seinen Platz und zieht sich zurück. Darauf verzichtet der Nazi aufs Wort.

Nach Absolvierung eines eineinhalbstündigen Sermons des Christlich-Sozialen Bausch erhält das Wort Frau Juchacz für die SPD. Sie sagt im wesentlichen das folgende:

„Die SPD-Fraktion würde es nicht für richtig halten, wenn diese Debatte um die Reichspräsidentenwahl abgeschlossen würde, ohne daß die Frauen, die der geschichtlichen Tat der Sozialdemokratie ihr politisches Mitbestimmungsrecht verdanken, hierzu ihre Stimme hören lassen. Ich spreche für die werktätigen Frauen und — wie ich hoffe — für die Mehrheit der deutschen Frauen überhaupt. Die Frauen sind gegen den völkervernichtenden Krieg und deshalb rufen wir sie auf, ihre Stimmen weder Hitler, dem Faschisten, noch Thälmann, dem Kommunisten, zu geben, die beide Krieg und Bürgerkrieg wollen.“

Darum wählen wir Hindenburg!“

Also, um die Stimmen der Frauen gegen den „völkervernichtenden Krieg“ in die Waagschale zu werfen, empfiehlt Frau Marie Juchacz die Vah des Mannes, der als Symbol des „völkervernichtenden Krieges“ geradezu gelten kann, des Feldmarschalls von Hindenburg. Es ist niederziehend, dergleichen zu hören.

Abgeordneter Dr. Neubauer (KPD) folgt. Er zitiert Worte, die gestern Goebbels gesprochen hat, der sie auf die SPD gezielt hatte:

„Patriotismus ist immer die Zuflucht der großen Gauner gewesen...“

(Fortsetzung der Reichstagsdebatte Seite 2, Hauptblatt)

Die Diener des Generalfeldmarschalls

Von Max Seydewitz

Die kurze Reichstagsagung, deren einzige Aufgabe war, den Termin für die Reichspräsidentenwahl auf den 13. März festzulegen, ist beendet. Es ging ein wenig stürmisch zu in dem deutschen Parlament, aber schließlich fand sich doch mit Hilfe der Sozialdemokratie die alte Mehrheit für Brüning zusammen, die die Mißtrauensanträge gegen die Regierung und auch den wegen der Nazi-Erlasse gegen Groener besonders eingebrachten Mißtrauensantrag ablehnte und damit dieser Regierung und diesem Groener von neuem das Vertrauen aussprach.

Als nach den von Brüning ausdrücklich gebilligten Reichswehr-Erlässen Groeners, die den Nazis alle Türen zur bewaffneten Macht der Republik öffnen, sozialdemokratische Abgeordnete und Blätter gegen diese volksfeindliche und provokatorische Handlung Groeners Sturm liefen, hat mancher sozialdemokratische Arbeiter wieder einmal gehofft, daß die Sozialdemokratie ihre und der „Eisernen Front“ Aktionskraft einsetzen würde, um die Nazi-Erlasse der Regierung wieder rückgängig zu machen. Der sozialdemokratische Fraktionsredner hat im Reichstag zwar diese Forderung erhoben, aber trotz-

Präsidentenwahl

Berlin, 26. Februar 1932.

Im Reichstag wurde am Freitag einstimmig dem Vorschlage des Reichsinnenministers zugestimmt, als Wahltag für die Reichspräsidentenwahl den 13. März und den 10. April festzusetzen.

dem Groener darauf sofort prompt antwortete, daß er an eine Aufhebung dieser Erlasse nicht denke, daß diese Erlasse in Kraft bleiben, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wieder bedingungslos für Groener gestimmt und hat diese nazifreundlichen Erlasse wie alle die anderen schlimmen Maßnahmen der Regierung toleriert und gebilligt. Groener weiß, was er seinen Sozialdemokraten bieten darf, er weiß, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Tolerierungspolitik sich jeder Handlungsfreiheit beraubt hat und alles schlucken muß. Groener hat darum für sich und seine Regierung keinerlei Risiko gefürchtet, als er das Verlangen der Sozialdemokratie nach Aufhebung der Erlasse brüsk ablehnte.

Der Ausgang des sozialdemokratischen „Kampfes“ gegen die nazifreundlichen Reichswehrrerlasse ist ein neuer Beweis für die vollkommene Entschlußlosigkeit dieser in falscher Front stehenden „stärksten Arbeiterpartei“. Sie schluckt die Nazi-Erlasse, sie toleriert die Regierung Brüning immer weiter, um den Eintritt der Nazis in die Regierung zu verhindern. Und der Reichskanzler Brüning, den zu stützen angeblich die einzige Rettung gegen den Eintritt der Nazis in die Regierung ist, sagte in seiner Reichstagsrede am Donnerstag selbst, krate diese Regierung weiter, diesen Brüning, der mit großem Stolz verkündet hat, daß er am 9. November 1918 als Offizier bereit war, unter dem Kommando des Generals von Winterfeld, der jetzt einer der Hauptmänner in dem Ausschuß zur Wiederwahl Hindenburgs ist, die Revolution niederzuschlagen, die Geburt der Republik zu verhindern deren Kanzler er jetzt ist.

Wege stehen, und die Sozialdemokraten werden dann mit langen Gesichtern — auch das offene Bündnis Brüning-Groener-Hitler tolerieren.

Die Richtigkeit der Mitteilungen Brünings, daß er sich um die „nationale Opposition“ bemüht habe, ist von Goebbels im Reichstage ausdrücklich bestätigt worden. Wörtlich sagte zu diesem Thema Herr Goebbels:

„Die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung, die nach den Worten des Kanzlers versucht worden sei, hätte die NSDAP ablehnen müssen, weil sie sich nicht unter das Joch des Zentrums begeben will. Wenn wir nur Minister werden wollten, wären wir nicht Nationalsozialisten, sondern Sozialdemokraten geworden.“

Nach diesen übereinstimmenden Mitteilungen ist also der Eintritt nicht an Brüning, sondern an den zu weitgehenden Forderungen der Nazis gescheitert. Wenn die Nazis morgen wollen, wird Brüning ihnen kein Hindernis mehr sein. Trotzdem tolerieren die Sozialdemokraten diese Regierung weiter, diesen Brüning, der mit großem Stolz verkündet hat, daß er am 9. November 1918 als Offizier bereit war, unter dem Kommando des Generals von Winterfeldt, der jetzt einer der Hauptmächte in dem Ausschluß zur Wiederwahl Hindenburgs ist, die Revolution niederzuschlagen, die Geburt der Republik zu verhindern, deren Kanzler er jetzt ist.

Daß der Brüning von 1932 noch derselbe wie der Brüning von 1918 ist, bewies nicht nur sein stolzes Bekenntnis zu der Aktion gegen die Novemberrevolution, sondern auch das an den Schluß seiner Rede gestellte Bekenntnis zu dem Generalfeldmarschall Hindenburg:

„Und wenn ich immer wieder Hoffnungen in diesem Kampfe schöpfen konnte, dann, weil ich einem Manne dienen konnte, wie dem Generalfeldmarschall Hindenburg.“

Der Reichskanzler der Republik dient nach seiner eigenen Meinung also nicht der Republik, sondern dem Generalfeldmarschall Hindenburg, den er heute wie 1918 als seinen Vorgesetzten betrachtet und dem er ebenso untertänig pariert, wie ihm und dem Generalfeldmarschall die Eisernen-Front-Sozialdemokraten dienen. Nicht Dienst am Proletariat, sondern Dienst für den Generalfeldmarschall, das ist die neue Parole der Sozialdemokratie, die immer offenkundiger ihre proletarischen Anhänger abhört von der Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen, von der Einreihung in die Klassenfront zum Kampf um den Sturz des das Elend der Massen täglich steigenden kapitalistischen Systems.

Der Bierstreik zieht Kreise

TU. Berlin, 26. Februar.

Die neue Forderung der Gastwirtsverbände auf Senkung der Schankverzehrersteuer bringt die Stadt Berlin in eine bedrohliche Lage. Das Aufkommen der Schankverzehrersteuer beträgt im Jahre rund 9,6 Millionen Mark. Sollte die Stadt dem Verlangen der Gastwirtsverbände nachgeben, so träte damit der Fall ein, daß Berlin des Reichszuschusses in Höhe von rund 40 Millionen Mark für die Wohlfahrtsverbände verlustig ginge, da die Notverordnung den Reichszuschuß von einer restlosen Ausnutzung aller Steuerquellen abhängig macht.

Inzwischen haben die Gastwirtsorganisationen auch eine Senkung der Spritpreise gefordert. Sie haben ferner Fühlung mit dem Flaschenbier vertreibenden Einzelhandel aufgenommen. In einer Vorbesprechung haben sich diese grundsätzlich mit den Gastwirten solidarisch erklärt.

Der durch den Bierstreik hervorgerufene Steuerausfall beträgt im Monat rund 5 Millionen Mark, in die sich das Reich und die Stadt Berlin teilen. Im übrigen hat die Streikbewegung auch schon auf mehrere Vororte übergegriffen.

Die jetzt in Form von Bier- und Lichtstreiks abrollende Revolte des Mittelstandes ist mittelbar eine Hinterlassenschaft Goerdelers und damit ein Ergebnis der Preisabbauaktion, wie sie das Brüning-Kabinett durchgeführt hat. In allen Fällen ist der Preisabbau den schwächsten Gliedern der kapitalistischen Wirtschaft aufgebürdet worden, die ohnehin von der Zange der Krise am heftigsten gepackt werden, während die Starken und Mächtigen ganz allgemein geschont wurden. Gerade das Bier ist hierfür ein illustratives Beispiel. Den nach wie vor in fetten Dividenden schwimmenden Brauereien wurde so gut wie kein Leid zugefügt, wohl aber den Gastwirten, deren Verdienste durch den Konsumrückgang weitgehend geschmälert sind, wenn sie sich überhaupt noch über Wasser zu halten vermögen. Nun setzen sie sich zur Wehr und richten ihre Aktion gegen die hohen Steuern, so daß am Ende das Reich und vor allem die Kommunen die Zeche Goerdelers zu zahlen haben werden.

Millionendefizit in München

München, 25. Februar 1932.

In einer längeren Aussprache über die Lage des Stadthaushaltsplanes teilte der Finanzreferent mit, daß der Haushalt der Stadt München noch ein ungedecktes Defizit von 4,5 Millionen aufweise.

Die Debatte im Reichstag

(Fortsetzung von Seite 1)

Und nun hält er den Nazis diesen Spiegel vor. Er weist auf Paul Faures Enthüllungen hin, die bis heute von den Nazis nicht dementiert wurden, daß auf dem Umweg über die Skodawerke der französische Rüstungsindustrielle Schneider-Creuzot ihnen Geld gäbe. Mit verlegenem Schweigen hören sich es die Nazis an. Neubauer greift die SPD wütend an: „Hinter Hitler steht Fritz Thyssen. Hinter Hugenberg und Duesterberg steht Vögler. Hinter Hindenburg schließlich steht ein anderer, kleinerer Teil der Eisenindustrie, Krupp, und die ganze Chemische Industrie unter Duisberg. Ist nun Krupp, Duisberg, Vögler oder Thyssen das kleinere Übel? So fragt er höhnend. Ihm scheint, alle diese Übel sind gleich groß. Aber sogleich begeht er den entscheidenden Fehler, wenn er ergänzend sagt, er sehe auch zwischen Hitler und Breitscheid keinen Unterschied. So glänzend, so durchaus unterschreibenswert seine Analyse über die Situation des Kapitalismus in Deutschland sich ausnimmt, so falsch sind doch die taktischen Nutzenwendungen, die er und mit ihm die deutsche Sektion der Dritten Internationale aus diesen Erkenntnissen ziehen.

Der staatsparteiliche Abgeordnete Weber-Potsdam hat das Wort. Man hat für seine Rede schwerste Störungen seitens der Nazis erwartet, die ihn am Mittwoch nicht weiterreden ließen, als er meinte, die Nationalsozialisten seien auf der Bahn des politischen Mordes vorangeschritten. Heute will er den historischen Beweis für seine These liefern, der nicht schwer zu führen sein wird, und vorsorglich erscheint Loebe, um seinem Kollegen Kardorff in dieser voraussichtlich schwierig werdenden Situation die Amtsbüro abzunehmen. Aber es gibt eine Enttäuschung. Als Weber die Tribüne betritt, haben die Nazis schon den Saal verlassen, und nur ein paar Hockposten unter Führung Fricks halten ihre Plätze. Als Weber, recht schwächlich, mit Erinnerungen an Erzberger und Rathenau beginnt — von Liebknecht und Luxemburg zu sprechen, lohnt ihm wohl nicht — ruft Frick dazwischen: „Beginnen Sie doch mit der Bismarck-Zeit! Beginnen Sie doch mit den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I.“ Weber beschreißt dann die Tat des Leutnants Heines, der heute den Reichstag mit seiner Immunität zielt. Von den Linken wird dazwischen gerufen:

„Das sind doch Groeners jüngste Rekruten!“

Der Redner verliest Proben aus dem „Angriff“ und aus Goebbels'schen Reden, die direkte Aufforderungen zum Mord enthalten. Aber das alles bleibt doch sehr, sehr dürftig. Kennt er das umfangreiche, authentische Material nicht, das der Heidelberger Professor Gumbel über dies Spezialgebiet zusammengetragen hat? Als Weber mehr als zahn — selbst nach den winzigen, von ihm vorgetragenen Proben mehr als zahn — mit den Worten schließt: „Ich mache den Reichswehrminister auf das Gefährliche seines Experiments aufmerksam!“ fällt von den Banken der äußersten Linken der Zwischenruf:

„Ein Hundsfott, wer solche Mörder in die Reichswehr aufnimmt!“

Loebe besänftigt, konziliant, wie immer: „Ich bitte doch solche Bemerkungen zu unterlassen.“

Nach belanglosen Reden der Abg. Schulze (dnt.) und des Jungdeutschen Bornemann, teilt der kommunistische Abgeordnete Jadasch zur Geschäftsordnung mit, daß er ein Telegramm von der Belegschaft der kürzlich von dem schweren Unglück betroffenen Karsten-Zentrums-Grube erhalten habe, aus dem hervorgeht, daß

die Grubenverwaltung es abgelehnt habe, den tageläng im verschütteten Stollen eingeschlossenen Bergleuten den Lohn für diese Zeit zu zahlen.

In der Erregung, die diese Mitteilung im ganzen Hause hervorruft, erklärt der Deutschnationale Kleiner — selbst Bergwerksdirektor — man müsse auch die andere Seite hören. — Ein anderer deutschnationaler Abgeordneter bestreitet Jadaschs Mitteilung rundweg.

(Die hier folgende Rede des Genossen Rosenfeld siehe unten!)

Der deutschnationale Abgeordnete Everling fragt den Reichskanzler, ob er bereit sei, wenigstens für die Zeit der Wahl die Bestimmungen der Notverordnung soweit zu lockern, daß die Opposition nicht mit gebundenen Händen in den Wahlkampf gehen müsse. Er macht weiter die aufsehenerregende Mitteilung, daß die Umgebung des Reichskanzlers gestern versucht habe, dessen

Erklärung über den 9. November, „den Herren von der SPD zuliebe“, abzuschwächen.

Er fährt fort: „Wir ehren es, daß der Reichskanzler dieser Versuchung widerstanden, daß er zu seinen Worten gestanden hat.“

Es spricht dann der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt. Der Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich hört sich diese Rede von der Ministerbank aus an.

Er erklärt, die „Selbstermächtigung“, die sich die Regierung mit der Notverordnung vom 6. Oktober zur Sanierung der Banken erteilt habe, sei verfassungswidrig. Die Reichsregierung befinde sich überhaupt in ihrer ganzen Haushaltungs- und Kreditgebarung außerhalb der Verfassung.

Zwischen den weiblichen Angehörigen der Sozialdemokratischen und der kommunistischen Fraktion entspinnt sich dann ein erbittertes Wortgefecht. Der kommunistische Redner Neubauer hat vorher ein paar ihm von seiner Kollegin Reese (Hannover) übergebene Wohlfahrtsunterstützte ausgegebenen Wohlfahrtsamt in Plauen i. V. an eine schwangere Wohlfahrtsunterstützte ausgegebene Wäscheausstattung gehören, auf dem Tisch des Hauses niederlegt. Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Starrmann erklärt nun, sie habe sich telefonisch mit dem Wohlfahrtsamt in Plauen in Verbindung gesetzt und erfahren, daß die Angaben der Frau Reese nicht stimmen. Sie zählt alle möglichen Wäsche- und Nachbekleidungsstücke usw. auf, die Wohlfahrtsunterstützte in Niederkunftsfallen erhalten.

Frau Reese erwidert alsbald. Sie berichtet, daß ihr die Mutter der betreffenden Schwangeren diese unwürdigen Wäschestücke — man kann sie wirklich nur mit Frau Reese als „Lumpen“ bezeichnen — gegeben habe. Sie erwähnt, daß sich das Plauer Wohlfahrtsamt,

nachdem es davon gehört hatte, daß sich der Sache die Kommunistische Partei angenommen habe,

an die Wohlfahrtsempfängerin gewandt und

heit Brünings beträgt 25 Stimmen gegenüber 27 Stimmen im Oktober.

Die Stimmen der Wirtschaftspartei haben wiederum, für die Regierung den Ausschlag gegeben.

Bei der Abstimmung, die nun folgt, um dem Reichswehrminister Groener das Mißtrauen zu bekunden, herrscht auf der Pressetribüne insofern die größte Spannung, als man erwartet, von einigen oder mehreren Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion, im Gegensatz zur vorhergehenden Abstimmung weiße — Nein — Zettel abgeben zu sehen. Die Erwartung wird indessen enttäuscht. Man sieht alle,

auch die prominenten „Linken“ der Fraktion, ihre roten Zettel Herrn Groener entgegenbringen.

Sie vertrauen ihm trotz Döberitz und Nazirekruten. Die Mehrheit für die Abweisung des Mißtrauensantrages ist noch größer geworden. Sie beträgt 55 Stimmen.

Der Reichstag lehnte im weiteren Verlauf seiner Sitzung auch die Anträge auf Reichstagsauflösung mit 299 gegen 228 Stimmen ab. Gegen Schluß der Sitzung kam es zu einem Zwischenfall, der zu einer kurzen Unterbrechung der Sitzung führte. Es sollte über einen nationalsozialistischen An-

Entlarvte Nazi-Demagogie

Wort: „Die Abstimmung hat doch zu Zeiten — entschieden ihre guten Seiten —“ (Kiesewetter.)

Die Sorge des Abgeordneten Torgler, die Nazis würden sich der Zustimmung zu dem kommunistischen Antrag auf „Einstellung der Tributzahlungen“ entziehen, war sehr begründet.

Die Nationalsozialisten, die diesen Antrag ihrer ganzen Agitation nach und nach dem, was sie ihr Programm nennen, begeistert hätten unterstützen müssen, fielen in der Hoffnung auf künftige Regierungsfreunden um.

Sie enthielten sich der Stimme.

Der Antrag wurde gegen 70 kommunistische Stimmen mit 368 Stimmen bei 108 Enthaltungen abgelehnt. Die fünf SAP-Stimmen waren

bei den Ablehnern des Antrages. Die Sozialistische Arbeiterpartei kann national-bolschewistischen Phrasen nicht zustimmen.

Aus ähnlichen Gründen versagten unsere Abgeordneten auch dem kommunistischen Antrage auf

Austritt aus dem Völkerbund

ihre Stimmen. Sie stimmten dagegen dem Antrag zu, der den Reichstag zu einer Zustimmung zu Litwinoffs Abrüstungsvorschlag bewegen will. Beide Anträge wurden abgelehnt.

Mit etwa der gleichen Mehrheit, wie der Antrag auf Auflösung des Reichstags (299 zu 228) wurde auch der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 8. Dezember abgelehnt.

ihre angeboten habe, die empfangenen Stücke zurückzugeben; sie würde bessere dafür erhalten. Die Tatsache selbst sei in Plauen nicht bestritten worden; der Vorsteher des Wohlfahrtsamts sei Mitglied der SPD.

Reichsfinanzminister Dietrich wendet sich erregt gegen die von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Reinhardt aufgestellten Behauptungen. Er erklärt, das Verfassungsverstöße habe an der Notverordnung vom 6. Oktober nichts auszusetzen gefunden, und dies genüge ihm gegenüber dem Vorwurf des Verfassungsbruchs. Auch andere Vorwürfe nehme er nicht tragisch. Ohne die Rekonstruktion der Banken wäre die Volkswirtschaft niemals aufrecht zu erhalten gewesen. Den Zusammenbruch der Banken im Juli führt er auf den Sturm zurück, der insbesondere vom Ausland auf die deutschen Institute inszeniert worden wäre. „Keine Bank der Welt hätte einem derartigen Ansturm standhalten können.“ Er rechtfertigt sich wegen jener Eigenschaft, die er seinen „Optimismus“ nennt, und die andere Redner vorher anders bezeichnet haben.

Schließlich polemisiert er gegen Schacht, den früheren Reichsbankpräsidenten, der offensichtlich für den Einbläser des nationalsozialistischen Abgeordneten hält, und ruft Reinhardt zu:

„Sie sind als Ratgeber für den Finanzminister nicht geeignet. In der einen Haushaltsausschuß-Sitzung, in der Sie waren, haben Sie mir geraten, eine Milliarde oder 800 Millionen mehr auszugeben.“

Reinhardt schreit dazwischen: „Das ist nicht wahr, das ist nicht wahr!“ und wirft in einer persönlichen Bemerkung dem Minister vor, er sage bewußt die Unwahrheit.

Die Abstimmungen

Dann ist die Rednerliste erschöpft. Präsident Loebe gibt die Reihenfolge der zur Abstimmung stehenden Vorlagen an. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Frick befragt unter großem Hallo, über zwei der von ihm und seinen Freunden eingebrachten Anträge vorweg abstimmen zu lassen. Das Manöver ist durchsichtig; der Kommunist Torgler meint, die Nazis wollten „türmen“, ehe der kommunistische Antrag auf Zerreißung des Youngplanes zur Abstimmung gestellt werde. Er schlägt vor, zuerst über kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 8. Dezember abzustimmen.

Dann kommt der Regierungsantrag zur Abstimmung, mit dem die Wahltermine für die Präsidentenwahl im ersten Gang auf Sonntag, 13. März, im zweiten auf Sonntag, 10. April, festgesetzt werden. Das ganze Haus erhebt sich für die Regierungsvorlage. Der Antrag Frick wird gegen die Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt.

Es folgen die Mißtrauensanträge, über die wir an anderer Stelle berichten. Die Mehr-

trag, der dem Reichstagspräsidenten das Vertrauen entziehen will, und über einen Antrag der Deutschnationalen, der den Reichstagspräsidenten um Niederlegung seines Amtes ersucht, abgestimmt werden. Bei der Geschäftsordnungsdebatte erklärte der Kommunist Könen, den nationalsozialistischen Antrag müsse seine Fraktion ablehnen. Es mute seltsam an, wenn die Nazis, die selbst zum Bürgerkrieg hetzen, einen Antrag damit begründen, daß Löbe in einer Kundgebung der Eisernen Front in Kiel zum Bürgerkrieg gehetzt habe. Bei diesen Worten wurden auf der Rechten, insbesondere bei den Nazis, stürmische Entrüstungskundgebungen laut. Es entstand ein allgemeiner Tumult, und als die Kommunisten die „Internationale“ zu singen begannen, hob der Vizepräsident die Sitzung auf. Bei der Wiederöffnung nach einigen Minuten erklärte er, es habe am Schluß der Tagung keinen Zweck, mit Zwangsmaßnahmen vorzugehen. Könen, dem das Wort erteilt wurde, konnte sich in dem Lärm nicht durchsetzen und verließ die Tribüne.

Die Zulassung der beiden Anträge wurde mit einer Mehrheit von 95 Stimmen verneint. Damit hat Loebe ein indirektes Vertrauensvotum erhalten.

Auszug der Nazis

Nach Ablehnung des vom Abgeordneten Everling begründeten Antrages, der — mindestens für die Zeit des Wahlkampfes — die Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten fordert, verließ die nationalsozialistische Reichstagsfraktion geschlossen den Reichstag.

Volksentscheid in Oldenburg

Der oldenburgische Landtag lehnte am Donnerstag die von den Rechtsparteien gestellten Anträge auf Auflösung des Landtages ab. 39 Abgeordnete beteiligten sich an der Abstimmung. Für die Auflösung stimmten 23 Mitglieder der NSDAP, der Deutschnationalen und der Kommunisten. Dagegen wurden 13 Stimmzettel der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Staatspartei abgegeben. Die Zweidrittelmehrheit, die für die Auflösung des Landtages notwendig ist, wurde also nicht erreicht. Die DVP enthielt sich der Stimme.

Nunmehr wird voraussichtlich ein Volksentscheid stattfinden.

Die Influenza-Epidemie in Budapest

Budapest, 25. Februar 1932.

Die Influenza-Epidemie hat sich in den drei letzten Tagen wesentlich verschlimmert. Seit dem 22. Februar sind 22 Todesfälle zu verzeichnen. Außerdem wurden 111 Influenza-Fälle mit Komplikationen zur Anmeldung gebracht. Es sind Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden. Die Schulen stehen unter ständiger Kontrolle der Schulärzte.

Kurt Rosenfeld ruft zum Kampf!

Genosse Rosenfeld machte im Reichstag für die SAP folgende Ausführungen:

Das Kennzeichen der politischen Lage in Deutschland ist der Abbau der Demokratie. Wir haben nur sehr selten Gelegenheit, zu der politischen Linie der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Deshalb müssen wir diese Gelegenheit benutzen, um rückschauend einen Blick auf die Regierungspolitik zu werfen.

Das Kennzeichen dieser Politik ist das Bestreben, die politische und wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse zu brechen,

um den einzigen Schutzwall gegen den Faschismus zu beseitigen. Der Kapitalismus findet allein keinen Ausweg aus der Wirtschaftskrise. Er ist in eine Sackgasse geraten, aus der es ein Zurück zu den alten Formen des Kapitalismus nicht mehr gibt. Die Sozialistische Arbeiterpartei ist der Leberzeugung, daß aus dem gegenwärtigen Chaos nur zwei Auswege möglich sind; der eine ist der des Faschismus, der andere ist der Sozialismus, und die Regierung tut alles, um den Weg des Faschismus zu öffnen und zu beschreiten.

Deshalb muß sie ihren ganzen Angriff gegen die wirtschaftliche und politische Macht der Arbeiterklasse wenden. Der Arbeiterbewegung, den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei ist durch die Tolerierung der Notverordnung vom 8. Dezember der schwerste Schlag versetzt worden. Dadurch ist die Regierung davor gerettet worden, von ihren eigenen Stützen gestürzt zu werden. Denn was bedeutet die Durchbrechung des Tarifrechts, was bedeutet der brutale Lohnabbau?

Sie bedeuten, daß geschehen ist, was die Thyssen, Schmitz und Konsorten gewollt haben, aber nicht das, was Brüning dem Reichstagsabgeordneten Wels, dem Führer der Sozialdemokratischen Partei, versprochen hat.

250 Millionen Lohnabbau in einem Monat und demgegenüber im Januar eine Rückvergütung durch Preisabbau in Höhe von 120 Millionen, ein Betrag, der im Februar auf 80 Millionen zurückgesunken ist und im März infolge der ständigen Preissteigerungen überhaupt nicht mehr zu spüren sein wird. Die Bilanz der Wirtschaftspolitik der Regierung ist also: 15 Prozent Lohnabbau, 5 Prozent Preisabbau, was nichts anderes bedeutet als einen

Aushungerungsfeldzug gegen die Massen der werktätigen Bevölkerung.

(Sehr richtig! bei der Soz. Arbeiterpartei.) eine Ausplünderung, die auf dem Rücken von 6 Millionen registrierter Arbeitsloser durchgeführt wurde, deren Unterstützung nach den Angaben der Reichsanstalt in einem einzigen Jahre um 25 Prozent abgebaut worden ist, ganz zu schweigen von den Zahlen, die sich erst ergeben, wenn man die langfristige Erwerbslosen berücksichtigt, die überhaupt keine Unterstützung mehr beziehen und in der Statistik nirgends mehr auftauchen, was aber nicht besagen will, daß sie nicht auch leben und leiden und hungern und darben unter den Folgen dieser Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Und statt der versprochenen Preissenkungen haben wir ein neues Zollermächtigungs-gesetz bekommen, dessen Auswirkungen in der Steigerung der Preise der Lebensmittel für Brot, für Butter, für Margarine deutlich sichtbar sind.

Als ob es damit nicht genug wäre, hören wir, daß Herr Schiele, dieser Minister für die Großagrarien, schon wieder neue Mittel bereit hält, um unter dem Namen Osthilfe nicht etwa der Landwirtschaft zu helfen, sondern an Stelle der 80 Prozent Kleinbauern den Großagrariern zu helfen, denen er neue Liebesgaben auf den Weg geben will.

(Lärmende Rufe von den Natsoz. — Glocke des Präsidenten.)

Der Kapitalismus hat sich als lebensunfähig erwiesen. Aus eigenen Kräften kann er sich nicht mehr behaupten. Daher die Millionengeschenke an das Finanzkapital,

800 Millionen zur Sanierung der Banken,

ohne daß der Staat sich auch nur den geringsten wirklichen Einfluß auf die Gestaltung der Banken gesichert hätte! Besonders empörend wirkt die unterschiedliche Behandlung der kleinen Sparer. Ich erinnere nur an die Borsig-Arbeiter, die um die paar mühsam ersparten Pfennige betrogen wurden. Die zusammengebrochene Bank für Haus- und Grundbesitz wird mit ganzen 30 Prozent abgespeist. Aber die Herren Aktionäre vom Schlage der Herren Lohsen erhalten als Belohnung für ihre Betrugs- und Lotterwirtschaft aus Reichsmitteln 100 Proz.

Ich komme nunmehr zu den politischen Machtmitteln, die man in dieser angeblichen Demokratie heute einseitig der herrschenden Klasse als Privileg in die Hand gibt, viel einseitiger und brutaler als in der Zeit des Dreiklassenwahlrechts. Wo sind denn heute noch die politischen Rechte der Arbeiterschaft? Wo ist die Koalitionsfreiheit, wo das Vereinsrecht, die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit? Sie sind dahin, dahin durch die Notverordnung, die unter dem Vorwande, politische Exzesse

bekämpfen zu wollen, die Grundlage einer wirklichen Demokratie vernichtet oder eingeschränkt hat. (Sehr wahr! bei der SAP.)

Nicht einmal in den Zeiten der beginnenden Reichspräsidentenwahl stellt man die alten Freiheiten wieder her. Ja, die herrschende Gewalt will sich dadurch an der Regierung halten, daß sie diese politischen Rechte immer weiter begrenzt und beschneidet.

Alle wirklichen Machtmittel des Staates sind heute den breiten Massen genommen und mehr und mehr in die Hände der Nationalsozialisten gelangt.

Denn in den Behörden überwiegen die nationalsympathischen Tendenzen. Vom höchsten Gericht, dem Reichsgericht, angefangen bis zum kleinsten Funktionär des Staates sehen wir allüberall dieselbe Erscheinung. Die Handhabung der Verwaltung, die Handhabung der Justiz geschieht einseitig gegen die Arbeiterschaft und voll Sympathien für die angeblich nationalen Herren von der rechten Seite dieses Hauses.

Wie ist es möglich, daß die Sozialdemokratische Partei nach der gestrigen Rede des Reichskanzlers, nach seiner Unterstützung des Groener-Erlasses fortfährt, diese Regierung weiter zu tolerieren?

Der heutige „Vorwärts“ spricht aus, daß eine politische Notgemeinschaft bestehe zwischen Brüning, Hindenburg und der Sozialdemokratischen Partei.

Wir lehnen solche Notgemeinschaft ab, besonders nachdem wir gestern von neuem bestätigt gefunden haben, daß der Reichskanzler zu denen gehört, die am 9. November 1918 die stärksten Gegner der Revolution gewesen sind.

Wie heißt unser Kandidat?

Wir wollen allen sozialdemokratischen Illusionen entgegen treten. Wir werden den Massen draußen zeigen, daß wir von dieser Regierung Brüning nichts anderes zu erwarten haben als das, was wir nach dem Groener-Erlaß der Welt schon längst klar gesagt haben.

(Abgeordneter Künstler: Sie wählen ja auch Hindenburg!) — Ach, Künstler, lassen Sie doch diese dummen Bemerkungen, wir wollen uns doch etwas ernster unterhalten.

(Zuruf von den Soz.: Wie heißt Ihr Kandidat?)

Unser Kandidat ist der einzige Arbeiterkandidat, der kandidiert, das ist der Abgeordnete Thälmann, für den wir eintreten trotz aller Gegensätze, die uns von ihm trennen, weil er uns tausendmal näher steht als Hindenburg. (Zurufe von den Soz.)

Was soll man von euren Zwischenrufen halten, wenn demgegenüber der „Vorwärts“ heute auch einen solchen Seufzer nach einer Einheitsfront ausstößt? Was habt ihr getan, um diese Einheitsfront des Proletariats herbeizuführen? Nichts, auch nicht das geringste habt ihr getan! Ihr habt euch stattdessen in die Gefolgschaft Hindenburgs begeben, der von niemand besser charakterisiert worden ist als vor sieben Jahren vom Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei. Damals schrieb der „Vorwärts“:

Arbeit für Hindenburg ist Selbstmord aus Dummheit!

(Hört! Hört! bei der SAP und bei den Natsoz.)

Wir wollen leben und für die Arbeiterschaft wirken; den Selbstmord überlassen wir euch. Der „Vorwärts“ schrieb damals weiter:

Wer wählt denn Hindenburg? Nun, wer soll den greisenhaften unpolitischen Militär wohl anders wählen als Hysteriker beiderlei Geschlechts, als abgetakelte Uniformierte,

(Zwischenruf des Abg. Künstler)

— da ist wahrscheinlich Künstler gemeint! — als ein paar hoffnungslos Minderbegabte

Sie wollen nicht abrüsten

Genf, 25. Februar 1932.

Im Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz begründete heute vormittag der russische Volkskommissar Litwinoff seinen Entschließungsentwurf für eine allgemeine vollständige Abrüstung. In diesem Entschließungsentwurf heißt es u. a.: Die Konferenz will für alle Staaten und alle Völker eine wirkliche Sicherheit durch Verhinderung neuer Kriegsmöglichkeiten schaffen. Sie ist davon überzeugt, daß

schon das Bestehen der Rüstungen und ihre Tendenz, ständig anzuwachsen, unvermeidlich zu bewaffneten internationalen Konflikten führen

wird, deren Wirkung es ist, die Arbeiter ihrer friedlichen Beschäftigung zu entreißen und unermessliches Unheil heraufzubeschwören. Die militärischen Ausgaben für Rüstungen, die die Massen mit unerträglichem Druck belasten, begünstigen und verschärfen die gegenwärtige Wirtschaftskrise mit allen ihren Folgen.

Das einzig wirksame Mittel zur Organisation des Friedens ist die allgemeine, voll-

— da könnte man auch wieder Künstler nennen sowie die Manager dieser grotesken Kandidatur, die das deutsche Volk im Ausland einmal wieder unsäglich lächerlich gemacht haben.

Wenn die sozialdemokratische Fraktion nach dieser Richtung noch mehr hören will, will ich weiter vorlesen, daß es der „Vorwärts“ gewesen ist, der am 22. April 1925 einen Brief veröffentlichte, den Hindenburg schrieb, in dem es heißt:

„Allerdurchlauchtigster, Allermächtigster Kaiser, Allergnädigster Kaiser, König und Herr! Ew. Majestät bitte ich am Schluß der Darlegung ehrerbietigst nochmals versichern zu dürfen, daß ich mein Leben lang in unbegrenzter Treue zu meinem Kaiser, König und Herrn gestanden habe und stehen werde.“

Der „Vorwärts“ veröffentlicht das mit dem Zusatz:

Dieser Brief beweist alles andere als die Eignung Hindenburgs zum Reichspräsidenten der deutschen Republik. (Hört! Hört! bei der SAP.)

Dieser „Vorwärts“-Auffassung stimmen wir noch heute durchaus zu.

Unsere Politik, die Politik der Sozialistischen Arbeiterpartei, läßt sich leiten von dem Gedanken, daß über dem Parteiinteresse stehen muß das Klasseninteresse.

Wir erachten es als das oberste Gebot der Stunde, auch jetzt noch alles zu versuchen, um die Einigung der Arbeiterklasse herbeizuführen.

Wir wissen aus den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die sich nur noch nicht entschließen können, das Mitgliedsbuch der Sozialdemokratie zu verbrennen, weil sie immer noch glauben, das sei die Partei eines August Bebel und eines Wilhelm Liebknecht, — wir wissen aus diesen Kreisen längst, daß es überall in der SPD gärt und daß noch viel weniger sozialdemokratische Arbeiter als im Jahre 1925 Marx gewählt haben, an dem kommenden Wahltag für Hindenburg stimmen werden.

Wir sind der Auffassung, daß es nicht genügt, den Kampf zu führen gegen den Nationalsozialismus, wir sind der Überzeugung, daß es ebenso notwendig ist, den Kampf zu führen gegen die Brüning-Diktatur, die nur eine Vorrucht des Faschismus ist.

Wir werden mit Thälmann bei der Reichspräsidentenwahl kämpfen, und wir werden den Kampf weiterführen als Kampf gegen das kapitalistische System. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiterklasse in dieser Wirtschaftskrise, die bereits eine solche Unruhe in das deutsche Volk hineingetragen hat, die auch Schichten ergriffen hat, die noch vor kurzem glaubten, vor aller Wirtschaftsnot geschützt zu sein, das ganze Wirtschaftssystem sprengen und damit den Weg für die sozialistische Gesellschaft öffnen werden. Es war Ferdinand Lassalle, der gesagt hat: „Ein Purpursaum färbt rot und blutig den äußersten Horizont, das neue Licht verkündend. Nebel und Wolken raffen sich auf, ballen sich zusammen und wehren sich dem Morgenrot entgegen, seine Strahlen momentan verhüllend. Aber keine Macht der Erde vermag das langsame und majestätische Aufsteigen der Sonne selbst zu hindern, die eine Stunde später, aller Welt sichtbar, hell leuchtend und erwärmend am Firmament steht.“

Mit Ferdinand Lassalle sind wir der Auffassung, daß damit der weltgeschichtliche Sonnenaufgang, vor dem wir stehen, aufs allerbeste charakterisiert ist. Wir sehen noch die Wolken und Nebel, wir sehen, wie sie sich zusammenballen, aber wir sehen auch schon den neuen Tag, die neue Zeit anbrechen, und wir wollen arbeiten unter der Parole: Gegen den Faschismus, für den Sozialismus! (Starker Beifall bei der Sozialistischen Arbeiterpartei.)



die jeden Kenner restlos befriedigende Cigarette 1/4 M.
6 Stück 20⁸

Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Berichtet von Berthold Jacob

19. Fortsetzung

Horstweg 3

Das Urteil fährt fort:

„Es ist gerichtsbekannt, daß Landesverräter, die Vortreffliches leisten, gerade von den Franzosen gut bezahlt werden. Der Leutnant Jost wohnte in Berlin-Charlottenburg, Horstweg Nr. 3. Um sich seinen Verräterlohn zu holen für die Ergebnisse der Durchsichtung am 23. und 24. Dezember 1924 und um durch neue Mitteilungen wiederum einen solchen zu verdienen, begab sich Bullerjahn am 25. Dezember 1924 vormittags in die Wohnung des Jost. Auf dem Rückwege, vom Horstwege kommend, wurde er am genannten Tage zwischen 11 und 12 Uhr vormittags am Sophie-Charlotte-Platz in Charlottenburg von den beiden Zeugen Langner gesehen. Die jetzige Ehefrau Langner sah ihn zuerst und machte ihren damaligen Bräutigam aufmerksam. Nach der Begrüßung entwickelte sich folgendes Gespräch: „Nanu, Bullerjahn, wo kommst Du denn her?“ „Ich komme aus dem Horstwege.“ „Wo warst Du denn?“ „Ich wollte einen Geschäftsfreund besuchen, habe ihn aber nicht getroffen“ (den Namen nannte Bullerjahn nicht) „und was macht Ihr hier?“ „Na, wir wohnen doch hier, Horstweg, Ecke Königsweg.“ Der Ehemann Langner und der Angeklagte kannten sich vom Militärwaisenhaus Potsdam her, die Zeugen Langner und Bullerjahn gingen dann noch eine Strecke weit bis zur Bismarckstraße miteinander, Langner und Bullerjahn besuchten noch zusammen auf kurze Zeit einen gemeinsamen Kameraden Tornow in der Krumme Straße. Von seiner Absicht, Langner und seine damalige Braut zu sich zu einem Teetisch zu laden, sprach Bullerjahn an diesem Tage kein Wort. Er hat in der Hauptverhandlung bestritten, am 25. Dezember 1924 aus dem Horstwege gekommen zu sein, die einwandfreie, sichere und glaubhafte Aussage (?) der Zeugen Langner läßt aber darüber keinen Zweifel, daß er aus dem Horstwege kam. Am 7. Januar 1925, kurz nach 7 Uhr, ging der Angeklagte wieder in den Horstweg. Er wurde zu der angegebenen Zeit von dem Zeugen Spallek, der den Auftrag erhalten hatte, ihn zu beobachten, vor dem Hause Horstweg Nr. 1 gesehen, wie er in der Richtung auf Horstweg Nr. 3 zuzuging. Er wollte offenbar zu Jost, um den für die Durchsicherungsergebnisse des 6. und 7. Januar 1925 ihm geschuldeten Verräterlohn in Empfang zu nehmen. Bullerjahn bemerkte aber den ihn beobachtenden Spallek und entfernte sich deshalb in ganz schneller Gangart den Horstweg entlang bis zum Kaiserdamm, von dort ging er den Königsweg Richtung Horstweg zurück, wo ihn Spallek aus den Augen verlor. Bullerjahn hat zwar in der Hauptverhandlung zugegeben, am 7. Januar 1925 in einem Hause am Horstwege gewesen zu sein, hat aber geltend gemacht, er kenne den Leutnant Jost gar nicht und habe auch nicht beabsichtigt, ihn aufzusuchen. Er habe am fraglichen Abend die Familie des Privatsekretärs Bruno Zanke, Horstweg 38, besucht und dessen Schwiegersohn Langner zu einem Teetisch in seine Wohnung eingeladen. Allerdings war Bullerjahn am 7. Januar 1925 abends zwischen 7½ und 8 Uhr in der Wohnung des Bruno Zanke, Horstweg 38. Er war unruhig und aufgeregt und erzählte, er habe in der Nähe geschäftlich zu tun gehabt, dabei sei ihm eingefallen, daß die Familie Zanke in der Nähe wohne. Da er die Adresse nicht mehr gewußt habe, habe er sich telephonisch bei seiner Frau danach erkundigt. Er erwähnte in der Wohnung der Eheleute Zanke auch noch, daß er ihre Kinder — den Bräutigam Langner — zu sich in seine Wohnung einladen wollte. Nach etwa ½ Stunde entfernte er sich wieder, ohne die Rückkehr des Bräutigams abzuwarten, der im Zankeschen Hause wohnte und ausgegangen war, und war nicht zu bewegen, noch länger dazubleiben.

Es liegt am Tage, daß Bullerjahn seinen Besuch bei Zanke zu so ungewöhnlicher Stunde nur gemacht hat, weil er wahrgenommen hatte, daß ihn Spallek gesehen hatte. Er wollte für seine Anwesenheit eine einleuchtende Grund sich verschaffen. Daß die Einladung zum Tee nur ein Schwindel war, geht daraus hervor, daß er die Rückkehr der Einzuladenden nicht einmal abgewartet hatte.“

Ungeklärter Widerspruch

Ein Eingehen auf diesen Teil der Urteils-„Feststellungen“ erübrigt sich insofern, als wir bereits in der Darstellung eine objektive Schilderung gegeben haben. Hier klafft nur insoweit ein Widerspruch, der bis jetzt noch nicht ausgeglichen werden konnte, als das Ehepaar Langner an seiner in der Hauptverhandlung mit dem Eide bekräftigten Aussage über den Hergang des Zusammentreffens festgehalten hat. Wir haben vorher geschildert, wie diese „einwandfreie, sichere und glaubhafte Aussage“ der Zeugen Langner zustande kam, daß der Vater, beziehungsweise Schwiegervater Langners, Herr Zanke, der als erstes Mitglied der Familie vernommen wurde, vielmehr so ausgesagt hat, wie auch Bullerjahn sagt, daß er sich verhalten habe, daß er nämlich — nicht vom Horstweg! —

sondern vom Kaiserdamm kam.

Auch „die Einladung zum Tee“ war keines-

wegs „ein Schwindel“, wie der Urteilsverfasser meint. Tatsächlich war diese Teegesellschaft bei Bullerjahn seit mehreren Wochen im Prinzip verabredet. Bei der Versammlung des Vereins ehemaliger Militärschüler am 23. Dezember 1924 ist beschlossen worden, daß die Einladung nun endlich für den ersten Sonntag nach dem 14. Januar, dem Tage der Generalversammlung des Vereins, Gültigkeit haben sollte. An diesem 19. Januar hat die Gesellschaft tatsächlich stattgefunden. Georg Langner sagt in seiner Vernehmung vom 17. Juni 1925 über diesen Punkt:

„Wir sind der Einladung aber nicht nachgekommen, wir haben telephonisch abgesagt. Andere Kameraden waren jedoch zu dieser Einladung erschienen, wie ich später hörte. Bullerjahn lag aber an dem Tage krank zu Bett. . . Zur Absage auf die Einladung Bullerjahns entschied ich mich erst an dem betreffenden Sonntag.“

Daß Bullerjahn bei seinem Besuch bei Zanke die Rückkehr der Einzuladenden nicht einmal abgewartet hatte, um das auffällig zu finden, muß man wohl Reichsgerichtsrat sein, mit besonderen Auffassungen über gesellschaftliche Formen.

Tatsächlich war Bullerjahn sogar an dem Tage krank, an dem er Gäste zum Tee bei sich hatte. Er erzählt, daß er die Absicht hatte, die Einladung wiederum rückgängig zu machen, wie das vorher aus andern Gründen schon mehrmals geschehen war. Erst der Einspruch seiner Frau, die eine Reihe festlicher Vorbereitungen getroffen hatte, Einkäufe gemacht, Kuchen gebacken etc. und die der Befürchtung Ausdruck gab, diese Vorräte könnten verderben, bewegte ihn, die Einladung bestehen zu lassen.

(Weitere Artikel folgen.)

Ein sozialer Ankläger

Zum 65. Geburtstag von Th. Th. Heine am 28. Februar

Wer zum „Simplizissimus“ greift, wird, je nach der persönlichen Einstellung, böse sein oder belustigt lachen, ablehnen oder zustimmen, aufhorchen, nachdenken, auf jeden Fall aber sich getroffen fühlen und Stellung nehmen müssen. Als Spiegelbild der Ereigniswelt ist der „Simplizissimus“ zum Kulturdokument und Kommentar der Zeitgeschichte geworden. Durchblättert man einmal alte Jahrgänge dieser Zeitschrift, so wird man nicht, wie bei so vielen anderen illustrierten Revuen, über das Gestrige, Veraltete gelangweilt hinweggleiten, sondern stets gefesselt sein. Die geistige Warte, auf der die Gründer des Simplizissimus standen, blieb bestehen, auch wenn wir im Rückblick heute gewissermaßen einige Stockwerke tiefer hinausschauen.

Einer der Gründer dieser Zeitschrift, dessen Urheberschaft und Namen in Bild und Wort immer wieder anzutreffen sind, ein Mann, Salz und Hirn dieser Revue, der mit der ganzen geistigen Ueberlegenheit seiner kämpferischen Persönlichkeit heute ebenso auf seinem Platze steht wie damals, ist Thomas Theodor Heine. Heute, nach Jahren, spricht er ebenso stark zu uns wie in der Zeit der Gründung des „Simplizissimus“. Heute erkennt man, daß dieser Mann, der mit seinem scharfen Spott und zupackendem Witz die Masse der politischen Gleichgültigen aufzurütteln versuchte, eine geistige Revolution betrieb. Er scheute sich nicht, selbst

die höchsten Ideale und Gefühle eines Volkes anzugreifen und in einer Zeit, da alle Welt Glatzschuhe trug, die seinigigen auszuheben. Er riß den Schleier von den Dingen, zeigte, brutal und vernichtend, aber immer in der Maske des Spotters, das, was die Gesellschaft am wenigsten zu sehen wünschte, ihr Spiegelbild. Mit leidenschaftlichem Haß bekämpfte er Auswüchse des öffentlichen Lebens, die Halbkultur eines reich gewordenen, gesättigten Protzentums, zeigte er Gemeinheit, Laster, Geschmackslosigkeit des Lebensstils; enthüllte er die soziale Not der untersten Volksschichten, stellte staatliche Mißstände an den Pranger und glossierte die Ereignisse der großen Politik auf die geistreichste Art. Kein Verweis, keine Beschlagnahme, nicht einmal Festungsstrafe konnten diesem Künstler den Mund verbieten und seine Hände fesseln.

Th. Th. Heine stammt aus Leipzig, wurde auf der Düsseldorfer Akademie unter Janssen ausgebildet, zog 1889 nach München und arbeitete dort, zunächst noch sehr gemäßigt, für die „Jugend“ und die „Fliegenden Blätter“. Zusammen mit Albert Langen gründete er 1896 den „Simplizissimus“. bei dem er das Betätigungsfeld fand, auf dem von nun an die größte Zusammenfassung und Ausstrahlung seines reichen Talentes möglich war.

Walther Hötting.

Überschätzung des Dramas

Die Anarchistin Emma Goldman, die am Mittwoch abend in Berlin für die Gilde freierlicher Bücherfreunde über „Das Drama als sozialer und erzieherischer Faktor“ sprach, ist ganz gewiß eine große Idealistin, die ihrer Ueberzeugung zuliebe viel geopfert hat, sie ist auch eine gute Plauderin, der man stundenlang zuhören könnte, sie verfügt gewiß auch über viel Lebenserfahrung und reiches Wissen, doch will uns scheinen, daß sie keine Politikerin ist; denn jenen fatalen Tadel am neuen Rußland, daß dort der Sozialismus nicht „organisch“ von unten nach oben sich entwickelt habe und daß Diktatur und Sozialismus einander ausschließen, haben wir schon von anderer Seite gehört. Wir sind nicht der Meinung, daß ein erwiesenermaßen gewaltiges Werk nörgelnder Tantenmoral, zum Gaudium der Interventionsmächte, geopfert werden dürfte. Aber Emma Goldman ist Anarchistin . . .

Einig sein kann man dafür mit ihr in der Beurteilung des Dramas der letzten fünfzig Jahre. Ganz gewiß ist es nicht so, daß die intellektuellen allein durch die revolutionisierende Kraft des modernistischen Dramas zum Proletariat gestoßen sind, wir wagen auch nicht, wie es Emma Goldman tut, die Rolle des revolutionären Dramas bei der Beeinflussung der Masse zu hoch einzuschätzen, denn das Theater hat in allen kapitalistischen Ländern noch lange nicht die Werkstätten so zu erfassen vermocht, wie es ihm eigentlich zukäme.

Emma Goldmans Sympathien für den „organisch wachsenden“ Sozialismus entspricht es nur, wenn sie den Wert des Dramas nicht in seiner propagandistischen Wirksamkeit sieht, wenn sie das Drama vielmehr nur als ein Mittel anerkennt, dem Menschen die Realität zu zeigen. Daß das vor dreißig und vierzig Jahren sehr viel bedeutete, sehen wir ein, heute genügt es uns nicht mehr. Die Realität kennen wir, denn wir leiden darunter, das neue Drama muß die Revolution durchführen helfen, es muß primitive Elendsschilderung überwinden haben, es muß im Dienste konstruktiver Revolution stehen.

Die Rednerin beschäftigte sich fast ausschließlich mit dem naturalistischen Drama.

Gogol schilderte, vor allem in seinem „Revisor“, die Zustände des zaristischen Rußland. Strindberg, der Sucher „nach dem Gefährlichen und Neuen“, war ein sozusagen dramatischer Leinwandpriester. Shaw, der sich in seiner Jugend selbst als der Dramatiker des sozialen Gedankens bezeichnete, benutzte seine Werke als Geißel gegen die puritanische Verlogenheit, Galsworthy war der unerschrockene

Kämpfer gegen die Schrecken der Justiz („Die silberne Büchse“, „Der Kampf“, „Gerechtigkeit“). Ibsen war der Revolutionär gegen den Staat („Staat bedeutet die Unterdrückung des Individuums“), also so etwas wie ein sympathischer Anarchist. Der junge Hauptmann („Vor Sonnenaufgang“, „Die Weber“, „Einsame Menschen“) hielt der Bourgeoisie den Spiegel vor. Die Not der Bauern zeigte Tolstoi in seiner „Macht der Finsternis“. Gorki verlangte Verständnis für die sogenannte Unterwelt mit seinem „Nachtsyl“. Gorki ist einer der wenigen Ueberlebenden, der, im Gegensatz etwa zu Shaw und Hauptmann, sich treu geblieben ist. Er hat am Zusammenbruch der alten Welt mitgeholfen und dem Aufbau der neuen sich nicht entzogen.

Der Rednerin wurde freundlich gedankt.
D. Stein.

Nazi werfen Bomben!

Oppenheim, 25. Februar 1932

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Im Zusammenhang mit dem Sprengstoffanschlag auf das Gartenhaus des Landtagsabgeordneten Staffan wurden zwei Mitglieder der NSDAP als dringend tatverdächtig festgenommen. Weitere Festnahmen stehen bevor.

Italienische Bevölkerungsstatistik

Rom, 26. Februar 1932

Auf Grund der letzten statistischen Daten ergibt sich, daß vom Tage der Volkszählung am 21. April 1931 bis Ende Januar dieses Jahres der Geburtenüberschuß sich auf 311 744 beläuft. Die Bevölkerung ist somit von 42 209 000 auf 42 521 000 gestiegen.

Für die Damen der Bourgeoisie

Infolge der neuen Federhutmode hat das Geschäft in Raubvogelbälgen einen großen Umfang angenommen. Kürzlich sollen allein aus Sibirien und der Mandchurei 3000 Adlerbälge angeboten worden sein, eine gewaltige Anzahl bei der Seltenheit dieses Vogels. Auch der deutsche Raubvogelbestand soll nach Mitteilung zuständiger Stellen gefährdet sein, was um so bedenklicher ist, als viele Raubvogelarten dem Menschen durch Vertilgung von Schädlingen nützen.

Begleitmusik zu Genf

Paris, 26. Februar 1932.

Wie „Matin“ berichtet, fand gestern abend gegen 10 Uhr 30 in den nördlichen Vororten von Paris bis zum Flughafen Le Bourget ein Manöver statt, das der Abwehr von Luftangriffen galt.

Frieden auf Erden!

Zufolge einer soeben in Genf veröffentlichten Statistik haben sich unter den der Geschichtsforschung zugänglichen letzten 3400 Jahren — also in einer immerhin ganz beträchtlichen Zeit! — nicht mehr als 266 wirkliche Friedensjahre befunden. Trotz den mehr als 8000 Friedensverträgen, die in diesem Zeitraum abgeschlossen wurden.

Staat sorgt für Sittlichkeit

Die Kriminalbehörden führen einen entschiedenen Kampf gegen die Hersteller und Verbreiter unzüchtiger Bilder und Schriften, um insbesondere die Jugend vor sittlicher Verwahrlosung (!) zu schützen. In Hamburg wurden in den letzten Tagen nicht weniger als 16 Personen festgenommen, die sich mit der Herstellung bzw. dem Verbreiten derartiger Machwerke befassen.

Statt die Jugend mit Arbeit und Brot zu versorgen, geht der Staat ihrer „sittlichen Verwahrlosung“ durch Polizeimaßnahmen zuleibe. So sorgt man in Deutschland für Sittlichkeit!

Das „sittliche“ Amerika ist in Gefahr

In Los Angeles wurde dieser Tage gegen die sämtlichen Schauspieler und sonstigen Mitwirkenden — also auch gegen die Kulissenhieber usw. — des dortigen Theaters Anklage erhoben, weil sie sich an der Aufführung eines gegen die guten Sitten verstoßenden Stückes beteiligt hatten. Den gesetzlich notwendigen „Anstoß“ hatte ein braver Policeman genommen. Da es sich aber in der Verhandlung herausstellte, daß das beanstandete Stück namens „Lysistrata“ von einem gewissen Aristophanes stammt, dessen Lustspiele trotz ihres manchmal nicht ganz „stubenreinen“ Inhalts immerhin seit rund 2000 Jahren schon an mehreren Bühnen, auch außerhalb der USA., aufgeführt wurden, konnte sich das Gericht nicht zu einer Verurteilung entschließen und sprach die Angeklagten zur größten Entrüstung des sittenstrengen Polizisten frei. Der Kläger hat sich Berufung vorbehalten.

Der „arme“ Filmstar

Wie aus Hollywood berichtet wird, muß sich Greta Garbo in ihrem soeben abgeschlossenen neuen Vertrag mit einer Monatsgage von 50 000 Dollars (rd. 200 000 Mark) „begnügen“. Traurig, traurig!



Brüning im Aether

CNB. Berlin, 25. Februar 1932.

Die heutige Reichstagsrede des Reichskanzlers Dr. Brüning ist auf Schallplatten aufgenommen und um 19.30 Uhr auf alle deutschen und österreichischen Sender übertragen worden.

*

Gegen diese Verwendung des Rundfunks muß der schärfste Protest erhoben werden: solange nicht sämtliche politischen Richtungen vor dem Mikrophon zu Worte kommen, dürfte kein Ausnahmerecht für den Hindenburg-Propagandisten Brüning geschaffen werden. Nachdem der Rundfunk sich diesen neuen unerhörten Mißbrauch geleistet hat, muß verlangt werden, daß nunmehr auch der proletarische Gegenkandidat des kaiserlichen Generalfeldmarschalls zu Wort kommt. Die proletarischen Hörer müssen jetzt die höchste Aktivität entwickeln und immer wieder diese Forderung stellen. Und sie müssen sich unter Androhung des organisierten Hörerstreiks Gehör erzwingen!

Zum Parteitag der SAP

Programm-Entwürfe

I. Vorschlag von Klaus Zweiling und Fritz Sternberg

1. Fortsetzung

5. Die Sowjetunion.

Der sozialistische Weg aus dem Chaos hat geschichtliche Gestalt angenommen in dem ersten Staat, in dem die Arbeiterklasse die Macht eroberte und in der proletarische Diktatur ausübte; in der Sowjetunion. Während in der kapitalistischen Weltwirtschaft die Produktivkräfte gefesselt darniederliegen und von teilweiser Vernichtung bedroht sind, nimmt die Entwicklung der Produktivkräfte in der Sowjetunion mit dem erfolgreichen Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft einen gewaltigen Aufschwung.

Bei aller Bedingtheit der Einzelheiten durch die besonderen historischen Voraussetzungen, enthält der Aufbauprozess der Sowjetunion allgemeingültige Gesetze des sozialistischen Aufbaus und liefert damit Erfahrungen von internationaler Bedeutung.

Der politische und wirtschaftliche Aufbau der Sowjetunion wird im Innern bestimmt durch den Widerspruch zwischen der herrschenden sozialistischen Wirtschaftsform in Großindustrie, Großlandwirtschaft, Verkehr, Großhandel und teilweise auch im Einzelhandel mit dem in den anderen Zweigen der Wirtschaft noch vorherrschenden individuellen Betrieb. Dieser wiederum ist abgestuft von der Naturalwirtschaft zentral-, ost- und nordasiatischer Völkerschaften sowie kaukasischer Bergstämme, über die einfache Warenproduktion der Klein- und Mittelbauern zur kapitalistischen Warenproduktion der Großbauern und städtischen Kleinbetriebe. Von immer wieder aufflammenden, durch Großbauern und ehemalige Feudalherren geführten Klassenkämpfe durchkreuzt, vollzieht sich die schrittweise Aufhebung des Widerspruchs in der staatlich geführten genossenschaftlichen Organisation der Naturalwirtschaft und einfachen Warenproduktion. Gleichzeitig schafft die fortschreitende Kollektivierung der Landwirtschaft die Voraussetzung für die endgültige Überwindung der individuellen Großbauernwirtschaft, und die rasche Entwicklung der Produktivkräfte die Voraussetzung für die Überwindung der individuellen Einzelwirtschaft in der industriellen Kleinproduktion und damit auch im Einzelhandel.

Die heute in Rußland herrschende Macht der Bürokratie, die die Tendenz zur Verselbständigung in sich schließt, ist entstanden aus den besonderen historischen Bedingungen, unter denen das russische Proletariat die Staatsmacht ergreifen mußte: aus der Tatsache, daß es eine kleine Minderheit des Volkes war, und daraus, daß der Sieg des revolutionären Proletariats in Westeuropa ausblieb und so die russische Revolution für einen längeren Zeitraum isoliert wurde; die dadurch gegebene Gefahr erfordert die aufmerksamste kritische Beachtung nicht nur der russischen Arbeiter, sondern des gesamten Weltproletariats.

Die Kollektivierung der Landwirtschaft schafft jedoch die Voraussetzung für die Eingliederung der ländlichen Produzenten in die proletarische Klasse. Dadurch wird das Proletariat auch in Rußland zur Mehrheit des Volkes, und damit ist die Voraussetzung geschaffen für die Befreiung der Räte von der Bevormundung durch die Bürokratie und damit für die Überwindung des inneren politischen Widerspruchs, der die ökonomischen Widersprüche im Schoße Sowjetrußlands heute widerspiegelt.

Sind so durch die proletarische Diktatur alle Voraussetzungen gegeben für die Überwindung der inneren Widersprüche, die, periodisch sich noch immer zuspitzend, doch in ihrer Intensität fortschreitend abgeschwächt werden, so verschärft sich notwendig der Widerspruch zwischen der Existenz der Sowjetunion mit herrschender sozialistischer Wirtschaftsform und der kapitalistischen Weltwirtschaft. Der wirtschaftliche Aufbau der Sowjetunion erfordert die Einfuhr von Produktionsmitteln und zu ihrer Finanzierung die Ausfuhr von Rohstoffen, vor allem Getreide. Der völlige Zusammenbruch und die Zerstückelung des kapitalistischen Weltmarktes in der Krise, der rapide Sturz der Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und die Stützung der Produktionsmittelpreise durch die herrschenden Monopole hemmen ernstlich den wirtschaftlichen Aufbau. Sowjetrußland, dessen Bestand bereits den Niedergang des kapitalistischen Systems und den Durchbruch des Sozialismus an dem schwächsten Glied der kapitalistischen Kette dokumentiert, wird von dieser Seite her von der Niedergangskrise des Weltkapitalismus erfaßt.

Gleichzeitig verschärft der durch die Krise gewaltig gesteigerte Drang nach Expansion der kapitalistischen Märkte und die wachsende Sorge um die aufrüttelnde, revolutionierende Wirkung des russischen Beispiels die Tendenz eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion in gefährdender Weise. Dadurch wird offenbar, daß die russische Revolution auf die Dauer nur gesichert werden kann durch den Sieg der proletarischen Revolution in anderen Ländern.

In keinem anderen Lande aber sind die objektiven Bedingungen für die proletarische Revolution so entwickelt wie in Deutschland.

6. Die Krise des deutschen Kapitalismus

Das Ergebnis des deutschen Umsturzes von 1918 war im wesentlichen die Vollendung der

bürgerlichen Revolution durch die blutige Niederwerfung der proletarisch-revolutionären Bewegung, die darüber hinaus den Kapitalismus beseitigen und den Weg zum Sozialismus durch die Errichtung der proletarischen Diktatur frei machen wollte. Durch ihre Niederlage kam das höchstkonzentrierte Monopolkapital der ganzen Welt in Deutschland zur Herrschaft.

In der Inflation wurden die deutschen Löhne unter das Existenzminimum herabgedrückt, wurden die Mittelklassen fast völlig ihres Vermögens beraubt und die rüchhaften Sonderprofite, die das Monopolkapital daraus gewann — noch vermehrt um unerhörte Staatssubventionen — lazu benutzt, um in der Periode der Rationalisierung den relativ leistungsfähigsten und monopolistisch konzentriertesten Produktionsapparat der ganzen Welt aufzubauen. Dadurch wurden die Bedingungen dafür geschaffen, daß die kapitalistische Weltkrise in Deutschland ihre vorherendste Form annahm. Obwohl die Produktivkraft in Deutschland auf das zwei- bis dreifache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert wurde, ist in der Krise die Produktion unter den Umfang um die Jahrhundertwende gesunken und geht noch weiter zurück.

Der deutsche Kapitalismus ist so zur Zeit zum schwächsten Glied in der Kette der hochkapitalistischen Zentren geworden.

Der deutsche Kapitalismus hatte im Gegensatz zu den übrigen imperialistischen Zentren bereits in der Vorkriegszeit keine sehr ins Gewicht fallenden Vorzugspositionen auf den Weltmärkten. Der Ausgang des imperialistischen Krieges hat die Positionen der Gegner des deutschen Kapitalismus gestärkt, die seinen geschwächt. Der deutsche Kapitalismus hat durch den Kriegsausgang seine Auslandsguthaben verloren, er ist aus einem Glaubiger- in Schuldnerkapitalismus geworden, so daß seine Stellung auf den internationalen Kapitalmärkten schwersten Angriffen ausgesetzt ist.

Der deutsche Kapitalismus, der schon in der Vorkriegszeit das Fehlen von Vorzugspositionen auf den Weltmärkten durch eine besonders schnelle Ausdehnung der Produktion auszugleichen suchte, war infolge seiner verschlechterten Position auf den Weltmärkten zu schärferer Rationalisierung gezwungen. An keiner Stelle der Welt ist daher die Arbeitslosigkeit relativ so groß, während dieselben Ursachen es dem deutschen Kapital ermöglichten, in der Krise seine Position auf dem Weltmarkt relativ erheblich zu verbessern.

Der deutsche Kapitalismus hat in der Inflation seine Mittelschichten fast völlig ihres Vermögens beraubt, so daß sie bereits vor der Krise an der Schwelle der Proletarisierung standen.

Ein Element der besonderen Verschärfung der Krise in Deutschland bildet die Entwicklung der ökonomischen Situation und der politischen Stellung der Landwirtschaft.

Die technische Überlegenheit des mit den modernsten Produktionsmitteln ausgerüsteten Großbetriebes gegenüber dem Kleinbetrieb bedrohte beim Aufkommen der überseeischen Massenproduktion an Getreide und der Entwicklung der modernen Schifffahrt im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts die deutschen Klein- und Mittelbauern mit der ökonomischen Vernichtung, den noch halbfeudalen, junkerlichen Großbetrieb mit dem Zwang zu wesentlichen Kapitalinvestitionen und damit zur Preisgabe des adeligen Parasitenlascins. Die politische Macht der halbfeudalen Adelsklasse setzte jedoch mit der Zollpolitik den Staat zum Schutz gegen die überseeische Konkurrenz ein. Gleichzeitig ging der vom amerikanischen Weizen bedrohte Kleinbetrieb zur Produktion von Fleisch, Milchprodukten, Obst und Gemüse über. Das Bodenmonopol und die wesentlich von ihm bestimmte Grundrente erzeugen an sich die Tendenz zur Steigerung der agrarischen Preise über den Produktionswert. Unter den gegebenen Umständen bewirkte diese Tendenz die Erhaltung des technisch und kulturell rückständigen Bauernbetriebs und milderte zugleich den Zwang zur Kapitalinvestition für die junkerliche Großlandwirtschaft. Dadurch wird ein neues Moment der Beschränkung der Konsumkraft der Massen und damit der Krisenverschärfung geschaffen. Damit wird aber in diesem Teilgebiet auch die fortschrittliche, den Sozialismus ökonomisch vorbereitende Tendenz der kapitalistischen Entwicklung aufgehoben und so die historische Notwendigkeit zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft verschärft. Gleichzeitig wird die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, die Herausbildung und revolutionäre Schulung eines ländlichen Proletariats gehemmt, die Bauernschaft politisch an die Seite der Großgrundbesitzer, statt gegen sie getrieben.

Der künstlichen Erhaltung des leistungsfähigen landwirtschaftlichen Kleinbetriebs durch die Agrarzölle steht gegenüber die Entzerrung der bäuerlichen Mehrerträge mittels der Futtermittelzölle und damit eine fortschreitende Senkung der bäuerlichen Lebenshaltung. Die weitere Ausdehnung der überseeischen Produktion, die Verbesserung der Kühl- und Transporttechnik bedrohen überdies den deutschen Bauern in seinem neuen Produktionsbezirk durch argentinisches und australisches Gefrierfleisch, amerikanische Kondensmilch, kalifornisches, australisches und

südafrikanisches Obst. Während die Krise die Konsumkraft des Volkes katastrophal ein-schränkt, und es damit zum Abwandern von dem Verbrauch der bäuerlichen Produkte zu Ersatzstoffen (Margarin) oder zum Verzicht auf sie zwingt, wird das Hauptprodukt der Großlandwirtschaft, das Brotkorn, nicht in dem gleichen Maße getroffen.

II. Das System der Macht

1. Staat, Diktatur und Revolution.

Der Staat ist eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie oder in der faschistischen Oligarchie. Im Staat realisiert sich daher die Diktatur der gesellschaftlich herrschenden Klassen über die unterdrückten.

Die Form des Staates wie die Form der durch ihn ausgeübten Herrschaft werden im Verlauf des geschichtlichen Prozesses in fort-dauernden Klassenkämpfen den sich verändernden Bedürfnissen der herrschenden Klassen angepaßt. Gelingt einer herrschenden Klasse dieser Angleichungsprozess nicht mehr, so wird der Staat von der unterdrückten Klasse gesprengt und durch einen neuen Staat ersetzt, der in seinen Formen den Herrschaftsbedingungen der neuen Klasse entspricht.

Dieser Vorgang ist der Prozeß der Revolution. Er vollzieht sich historisch so, daß die unterdrückte Klasse im Kampf gegen die ver-sagenden Organe des alten Staates die neuen, ihren Herrschaftsbedingungen angepaßten Machtorgane jenen alten gegenüberstellt und sie gewaltsam niederringt. In der bürgerlichen Revolution schließt die Eroberung der Staatsmacht die revolutionäre Epoche ab, die die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen bereits im Schoße der vorhergehenden Gesellschaft vorgebildet sind. Die proletarische Revolution beginnt erst mit der Eroberung der Macht und vollendet sich in der Umwälzung der gesamten gesellschaftlichen Beziehungen.

2. Der kapitalistische Staat.

Der kapitalistische Staat als das Werkzeug der Herrschaft einer kleinen Minderheit über eine große Mehrheit bedingt die schärfste Isolierung der Staatsmaschine vom Volk. Polizei, Justiz und Verwaltung werden von vornherein durch Beamtenprivilegien (Pensionsberechtigung, besonderen Ehrenschutz, besondere Wertung des Beamtenehrens, Unkündbarkeit der Stellung, eigene Disziplinargerichtsbarkeit), durch Züchtung und Förderung des Beamten-dünkels, Bildungsprivileg, Unabsetzbarkeit der Richter usw. auf diese Basis gestellt. Für das Heer wird durch die jüngste Entwicklung der Kriegstechnik, die den eigentlichen Heer-körper auf eine verhältnismäßig kleine Zahl kriegstechnischer Spezialisten beschränkt, die Voraussetzung für die gleiche Isolierung geschaffen.

Mit der Trennung der gesetzgebenden Gewalt von der vollziehenden zerbrach in den Klassen- bürgerlichen Revolutionen die Bourgeoisie die feudalistische Staatsmaschine, unterstellte sie den in ihr schon vorgebildeten und verselbständigten bürokratischen Staatsapparat dem Klassenwillen der Bourgeoisie.

Solange die Zahl der Produktionsmittelbesitzer noch verhältnismäßig groß und das Proletariat verhältnismäßig schwach ist, ist das Parlament, zu dem die Besitzlosen kein Wahlrecht haben, der sehr genaue Spiegel der bürgerlichen Klasseninteressen. Mit dem Erstarken des Proletariats wird die Bourgeoisie gezwungen, auch diesem das Wahlrecht zu verleihen, um den sich zuspitzenden Klassenkämpfen auszuweichen. Auf den parlamentarischen Boden gebannt, sind diese solange für den Bestand der bürgerlichen Gesellschaft ungefährlich, wie das Proletariat in seiner Mehrheit die Existenz des bürgerlichen Staates unveränderliche Tatsache hinnimmt, also entweder bürgerlichen Klassenparteien oder dem Reformismus folgt. Die Voraussetzungen hierfür sind gegeben, solange eine langsame Hebung der durchschnittlichen Lebensbedingungen des Proletariats sich möglich erweist, ohne das effektive Steigen der Profitrate zu verhindern. Die für die Aufstiegsphase des Kapitalismus typische Form der Ausübung der bürgerlichen Staat macht ist daher die parlamentarische Demokratie. Die Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen, die fortschreitende Verelendung der Kleinproduktion, die Proletarisierung breiterer Mittel-schichten droht mit der Entwicklung des Monopolkapitals die parlamentarische Demokratie gegen die Bourgeoisie zu kehren. Das Einsetzen der Krise des Monopolkapitalismus, die daraus für die Bourgeoisie folgende Notwendigkeit, die Staatsmaschine immer unver-bultter und brutaler gegen die wachsende Massenbewegung einzusetzen, bringt den politischen Einfluß des Großkapitals auf die Massen zum Zusammenbruch und zwingt die Bourgeoisie zur Abstreifung der parlamentarischen Formen ihrer Herrschaft und zur Ein-setzung der Staatsmacht in der offenen Diktatur.

3. Der Rätestaat.

Die historische Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, in der proletarischen Revolution die Diktatur der Bourgeoisie umzuwälzen zu lassen in die Diktatur des Proletariats. Zu diesem Zweck muß das Proletariat überall, von der

kleinsten Gemeinde bis zur höchsten Spitze des Staates den Machtorganen des bürgerlichen Staates seine eigenen Machtorgane, die Arbeiter- und Bauerräte, entgegenstellen, in ihnen Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Verwaltung vereinigen und zugleich in jedem Betrieb die Leitung der Produktion durch revolutionäre Betriebsräte an sich reißen. Im Kampf um die Macht zwischen den bürgerlichen Staatsorganen und den Räten vollzieht sich der Prozeß der proletarischen Revolution, dessen erstes Ergebnis der Staat der proletarischen Diktatur ist, aufgebaut auf den Arbeiter- und Bauerräten.

Die Aufgabe des proletarischen Staates ist nicht nur die Sicherung und Verteidigung der proletarischen Klassenherrschaft nach innen und außen, sondern vor allem die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft, der Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft, die alle vorhandenen Produktionskräfte der Bedarfsdeckung dienstbar macht. Damit verschwindet die Grundlage der Klassensecheidung innerhalb der Gesellschaft. Mit den Klassen zugleich stirbt das Instrument zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere ab: der Staat.

Mit der Vollendung der proletarischen Revolution in der klassenlosen staatslosen Gesellschaft schließt die Vorgeschichte der Menschheit ab und beginnt ihre eigentliche Geschichte, getragen von der Entfaltung der gewaltigsten, heute in der kapitalistischen Gesellschaft gefesselten, materiellen und kulturellen Energien.

4. Der internationale Charakter der proletarischen Revolution.

Der endgültige Sieg der proletarischen Revolution setzt ihren Sieg in allen Ländern voraus. Die revolutionäre Eroberung der Macht aber darf die Arbeiterklasse eines Landes nicht abhängig machen von der revolutionären Bereitschaft der Arbeiterklasse anderer Länder. Wo immer die Voraussetzungen der proletarischen Revolution in nationalem Rahmen gegeben sind, ist es die historische Aufgabe der Arbeiterklasse, die nationale Bourgeoisie zu stürzen und den bürgerlichen Staat zu sprengen durch die proletarische Diktatur, wie es das russische Proletariat mit dem Vorbild der Oktoberrevolution zeigte. Die Existenz eines jeden proletarischen Staates muß die inneren Widersprüche der kapitalistischen Weltwirtschaft erneut verschärfen und zwar umso entscheidender, je enger der betreffende Staat in den kapitalistischen Weltmarkt verflochten war. Daher beschleunigt der Sieg des Proletariats in einem Staate das Heranreifen der objektiven Bedingungen der Revolution in jedem anderen Staate und stärkt zugleich das Klassenbewußtsein und den Kampfwillen der Proletarier in dem noch kapitalistischen Teil der Welt. Jede nationale proletarische Revolution trägt daher die Tendenz zur proletarischen Weltrevolution in ihrem Schoße.

Die durch die Existenz proletarischer Staaten im Schoße der kapitalistischen Gesellschaft hervorgerufenen Widersprüche haben die fortschreitend sich verschärfende Tendenz, sich in einem konterrevolutionären Weltkrieg des Kapitalismus gegen die proletarischen Staaten zu entladen. Die Proletarier aller kapitalistischen Länder haben in ihrem eigenen Klasseninteresse die Pflicht, die proletarischen Staaten mit dem Einsatz aller Mittel gegen einen solchen Kreuzzug zu verteidigen, ihn in der proletarischen Revolution aller kriegsführenden kapitalistischen Staaten zu ersticken und gegebenenfalls die neueroberte proletarische Staatsmacht an der Seite der anderen proletarischen Staaten gegen den konterrevolutionären Kreuzzug im revolutionären Krieg einzusetzen. Die proletarischen Staaten haben demgegenüber die Pflicht, in ihrer Welt-politik ihr nationales Sonderinteresse stets den internationalen Klasseninteressen des Proletariats unterzuordnen. Sie unterstehen dabei der Kritik der klassenbewußten Proletarier der ganzen Welt, deren organisatorische Zusammenfassung in einer allumfassenden revolutionären proletarischen Internationale zu den obersten Pflichten jeder revolutionären Partei gehört.

Der Krieg ist eine Funktion der Ausbeutergesellschaft; ihr Funktionär ist der Staat. Eine Vereinigung der kapitalistischen Staaten im Völkerbund, in Bündnissen, Schiedsgerichts-verträgen und in Abkommen von Kapitalgruppen kann daher nie der Überwindung des Krieges dienen, der vielmehr im Schoße der Ausbeutergesellschaft permanent neu erzeugt wird. Solche Vereinigungen haben vielmehr nur die Funktion der Sicherung gemeinsamer Ausbeuterinteressen und der Vorbereitung und Formierung der neuen Kriegsfrenten im Dienste der imperialistischen Weltmächte.

Die Funktion des imperialistischen Krieges, des Krieges des Monopolkapitals, ist lediglich die Öffnung des durch die monopolistische Entwicklung verstopften Krisenventils durch die massenhafte Vernichtung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften, die Neuverteilung der Welt unter die Ausbeutergewalt der imperialistischen Weltmächte und die erneute Verschärfung ihrer Ausbeutung. Das fortschrittliche Element, das in früheren Kriegen mitunter bestimmend wirkte, ist im Monopolkapitalismus überkompensiert durch das Element der Zerstörung. Von neuem offenbart

sich damit, daß die monopolistische Epoche die Niedergangsepoche des Kapitalismus eingeleitet hat.

Der Krieg des Ausbeuterstaates bedeutet den Einsatz aller staatlichen Machtmittel zur äußeren Erweiterung des Ausbeutungsfeldes der herrschenden Klassen und damit nach innen die äußerste Steigerung der Ausbeutung, die äußerste Verschärfung des Klassenkampfes durch die herrschende Klasse. Die Aufgabe des Proletariats im Krieg des imperialistischen Staates ist daher die äußerste Verschärfung des Widerstandes gegen den Staat bis zur revolutionären Aktion. Die Aufgabe der proletarischen Parteien ist die Anspannung der durch den Krieg herbeigeführten oder verschärften politischen und wirtschaftlichen Krise, der Rebellion der Massen gegen Blutopfer, Hunger und Militärdiktatur zur Konzentration der proletarischen Kräfte für den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Diese Aufgabe bleibt bestehen und die proletarischen Parteien darf den bürgerlichen Staat auch dann nicht unterstützen, wenn er an der Seite eines imperialistischen Staates Krieg führen will. Auch eine solche Politik des bürgerlichen Staates würde nur imperialistische Ziele verfolgen, würde eine verschärfte Unterdrückung des Proletariats im eigenen Lande herbeiführen, und sich gerade im Falle des Sieges sofort auch gegen den bisher Verbündeten proletarischen Staat wenden. Wirksame Helfer proletarischer Staaten können nur solche Staaten sein, in denen das Proletariat ebenfalls die Macht erobert hat.

In den Kriegen imperialistischer Mächte zur Unterwerfung oder Aufteilung rückständiger Länder und in der kriegerischen Rebellion der Völker in den Kolonien und Halbkolonien gegen die imperialistische Fremdherrschaft ist der historische Fortschritt mit der Sache der unterdrückten Nationen verbunden. Die koloniale Ausbeutung ist eine mächtige Stütze der kapitalistischen Gesellschaft. Ihre Erschütterung durch die nationalen Kämpfe der Kolonialvölker erweist sich damit als wichtiger Teil der proletarischen Weltrevolution. In allen solchen Kriegen muß daher die proletarische Partei sich auf die Seite der rückständigen und kolonialen Völker stellen.

6. Das Versailler Machtssystem.

Die Friedensdiktate von Versailles, St. Germain, Trianon usw. sowie ihre späteren Ergänzungen und Abänderungen sollen das Machtssystem schaffen und erhalten, das die in den Reparationen enthaltene Profitmonopolisierung durch die siegreichen Kapitalistengruppen politisch sichert. Daher bedeuten die Friedensverträge eine Verschärfung der ökonomischen und politischen Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft. Dennoch muß das Proletariat der besiegten Staaten jeden Revanchekrieg entschieden bekämpfen. Nicht der Arbeiterklasse, nur dem Kapital würde die Beseitigung der Reparationen durch einen imperialistischen Krieg zugute kommen. Die Arbeiterklasse muß sich daher gegen jeden Versuch wenden, die Reparationsfrage dazu auszunutzen, um zu einer neuen nationalen Front, zu einem neuen 4. August zu kommen, zu einer Front, in der die Kapitalisten und die Arbeiter der besiegten Länder gemeinsam gegen die „Tribute“, gegen die „Young-Lasten“ kämpfen sollen. Sie muß sich weiter gegen eine Verständigung über die Reparationsfrage auf kapitalistischer Basis wenden; denn der Preis für die Verständigung ist, daß der deutsche Kapitalismus sich als Degen für die Außenpolitik eines anderen, heute in erster Linie des französischen Kapitalismus, verkauft.

Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist für die Arbeiterklasse der besiegten Staaten die Tributfrage eine innenpolitische Frage, eine Frage der Lastenverteilung. Darüber hinaus jedoch müssen die Parteien des Proletariats die Aufhebung der dem kapitalistischen System entspringenden, mit seinem Wesen untrennbar verknüpften Tributverträge erstreben durch die proletarische Machteroberung in allen Ländern. Sie müssen diese Lösung gegenüberstellen der nationalistischen und kleinbürgerlichen Verständigungspolitik, die die Reparationsfrage zur Verschärfung der imperialistischen Gegensätze benutzt, oder zu einer Verständigung zwischen dem deutschen und einem anderen nationalen Imperialismus — heute in erster Linie dem französischen —, die nur gegen dritte imperialistische Mächte oder gegen die Sowjetunion gerichtet sein kann.

Die proletarischen Parteien müssen die Arbeiterklasse immer wieder hinweisen auf die Kriegsgefahr, die von der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt, von den politischen Spannungen des Versailler Systems gesteigert, durch die Niedergangskrise in gefährdender Weise fortlaufend verschärft wird. Insbesondere müssen die proletarischen Parteien die Vertröstung auf die imperialistischen Mächte und die angebliche Wehrlosigkeit Deutschlands als Illusion entlarven. Die äußere Machtentfaltung, die sich ausdrückt

in der dauernden Vervollkommnung der Rüstung und ihrer fortlaufenden Anpassung an die veränderten Methoden der Kriegführung, gehört zum Wesen des Ausbeuterstaates. Überdies ist der Schwerpunkt der Rüstung so stark in die Erweiterung und entsprechende Proportionalisierung der Produktivkräfte gerückt, daß die gelegentlichen Einschränkungen am uniformierten Heer und seinem unmittelbaren Waffenvorrat durchaus keine Verminderung der Abrüstung zu bedeuten brauchen und in diesem Sinne nur zur Tauschung der proletarischen Massen dienen, ebenso wie die Behauptung von der Kampfunfähigkeit Deutschlands. Zugleich aber hat diese Entwicklung das Schwergewicht der Kriegführung aus den Händen der vom Proletariat isolierten, der Befehlsgewalt der Offiziere ausgelieferten Truppe genommen und in die Hände des Proletariats selbst und seiner Massenorganisationen gelegt. Von ihrer politischen Reife hängt es ab, ob die Bourgeoisie den Krieg führen kann, oder ob er umschlägt in die proletarische Revolution.

Die proletarischen Parteien müssen daher den Kampf gegen die Kriegsvorbereitung der bürgerlichen Staaten führen durch die ununterbrochene Aufklärung der Massen über Ziele und Formen der imperialistischen Außenpolitik unter den Bedingungen des Versailler Systems und über Wesen und Form der Rüstung in der Epoche des Monopol-Kapitalismus sowie durch die schärfste Bekämpfung aller militarischen Ausgebungen der bürgerlichen Staaten und die äußerste Steigerung des proletarischen Klassenwiderstandes gegen den imperialistischen Krieg.

7. Der Faschismus.

Verhängt die Niedergangsepoche des Kapitalismus dauernde und dauernd sich verschärfende Kriegsgefahr über das Proletariat, so wird es auf der anderen Seite bedroht durch die mit dem Fortschreiten der Niedergangskrise rasch sich verschärfende Gefahr des Faschismus.

Wird die Bourgeoisie durch eine drohende Machtentfaltung des Proletariats und seiner Organisationen aus der Sicherheit ihrer Herrschaftsstellung aufgeschreckt, so wird sie bereit, die äußerste Steigerung der Kraft ihres Machtapparates, der Staatsmaschine, herbeizuführen, indem sie ihn befreit von allen Hemmungen der gesetzgebenden Gewalt, indem sie seine Tendenz zur Verselbständigung entfesselt. Um ihre ökonomische Herrschaft ihre Ausbeutervorrechte zu sichern, ist sie bereit, die Herrschaft dem verselbständigten Staatsapparat unter der diktatorischen Leitung eines Abenteurers zu übergeben, der seine Eignung für diese Aufgabe dadurch nachweist, daß er eine genügende für den terroristischen Einsatz verfügbare Privatmacht um sich zu sammeln verstand. Damit kehrt die Bourgeoisie zurück zu der Form der politischen Herrschaft, die sie durch die Trennung von gesetzgebender und vollziehender Gewalt sprengen mußte, um die Herrschaft im Staat an sich zu reißen. Dadurch wird die terroristische Diktatur gekennzeichnet als die letzte Form des bürgerlichen Staates, zu der die Bourgeoisie immer dann zu greifen geneigt ist, wenn sie ihre unmittelbare Überwindung durch das Proletariat befürchtet. Der Faschismus ist die Form terroristischer Diktatur, die den sozialen Bedingungen der Niedergangskrise entspricht. Er ist also ein typisches Ergebnis der Niedergangsepoche des Weltkapitalismus. Seine politische Organisation ist die straff zentralisierte, faschistische Partei, die in der Errichtung ihrer Diktatur sich das Monopol der Organisation sichert.

Voraussetzung für die tatsächliche Errichtung der terroristischen Diktatur ist jedoch, daß aus der tiefen sozialen Krise, die sie zeugte, das Proletariat noch nicht die Kraft zum Sturz der Bourgeoisie entwickeln konnte. Eine weitere Voraussetzung ist die tiefe parteipolitische Zerklüftung der Bourgeoisie. Ihre unmittelbare Bedrohung durch das Proletariat stärkt zwar die Tendenz zum gemeinsamen Abwehrkampf der verschiedenen Gruppen innerhalb der Bourgeoisie; die tiefe soziale Krise, die Erschütterung des ökonomischen Fundamentes der Bourgeoisie verschärft aber zugleich den Interessengegensatz zwischen den verschiedenen bürgerlichen Gruppen, die Gegensatzlichkeit der Anschauungen über die Mittel und Formen der Krisenüberwindung äußerster. Die Staatsgewalt, die Maschine zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, erscheint demgegenüber als der gegebene Repräsentant der gemeinsamen Bourgeoisieinteressen, ihre Befreiung vom Einfluß der Fraktionsinteressen als einzige Möglichkeit zur Rettung der bürgerlichen Klassenmacht.

So bedeutet die Verselbständigung der bürgerlichen Staatsgewalt in der terroristischen Diktatur die einzig mögliche Regierungsform, wenn die Bourgeoisie als Klasse nicht mehr und das Proletariat noch nicht in der Lage ist, die politische Herrschaft auszuüben.

Als Massenfundament der terroristischen

Diktatur dienen die industriellen und agrarischen Mittelschichten.

Der industrielle Kleinbesitz erfährt gerade in der Steigerung der sozialen Krise des Kapitalismus eine soziale Erschütterung von verheerender Tiefe, begleitet von einer massenhaften Proletarisierung. Auf ihre Proletarisierung antworten diese Mittelschichten mit dem romantischen Schrei nach der Sicherung von Privateigentum, Ruhe und Ordnung, Religion und Familie. Der Glaube an die Wiederherstellung ihrer sozialen Lage in der Aufstiegsperiode mobilisiert sie politisch und macht sie damit zum Werkzeug der Bourgeoisie der terroristischen Unterdrückung jener Kräfte, die in der Krise die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln erstreben: des Proletariats.

Die agrarische Mittelklasse kann die gleiche Aktivität wie die industrielle Mittelklasse nicht entwickeln, da sie nicht zusammengefaßt in den Städten, sondern verstreut über weite Flächen, lokal zersplittert lebt. Auch über sie geht der Verelendungsprozess dahin. Aber das Bodenmonopol verzögert bisher den Prozess der Expropriation. Die agrarische Mittelklasse, der agrarische Kleinbesitz verliert sein Eigentum bisher nicht in demselben Maße und demselben Tempo wie der industrielle, aber er sucht es in gleicher Weise bedroht. Aus diesem Grunde hat die agrarische Mittelklasse weniger als die industrielle das Bedürfnis, sich selbst politisch zu vertreten, aber ein um so größeres Bedürfnis, sich durch den Staatsapparat vertreten und durch seine Verselbständigung die anderen Klassen der Möglichkeiten der Selbstvertretung beraubt zu sehen.

So stellt der konservative landwirtschaftliche Kleinbesitz das feste soziale Fundament der terroristischen Diktatur, der proletarisiertere industrielle Mittelstand das Rekrutierungsfeld der Terrorbanden des Diktators. Geführt werden diese Banden von abgedankten oder geschiedenen Offizieren, Beamten, Intellektuellen; aufgefüllt von Deklassierten aller Klassen. Die Arbeiterklasse ist dabei beteiligt mit Schichten, die nach beiden Seiten das Gefühl der Zugehörigkeit zum Proletariat verloren haben: mit dem Lumpenproletariat auf der einen Seite und auf der anderen, wenn die soziale Entwicklung bereits feste proletarische Massenorganisationen und damit eine Organisationsbürokratie hervorgebracht hat, mit Überläufern aus dieser Organisationsbürokratie. Alle diese Deklassierten und Geschiedenen sehen zugleich in den Terrorbanden wie in dem verselbständigten Staatsapparat die Quellen einer neuen Existenz. Der Triumph der terroristischen Diktatur bedeutet daher stets eine gewaltige Aufblähung des Staatsapparates und der sonstigen Kostgänger des Staates.

Erstrebt das Proletariat die revolutionäre Aufhebung der Klassenunterschiede durch die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und damit die Aufhebung der Klassengesellschaft — so bedeuten die terroristischen Organisationen im Gegensatz dazu die konterrevolutionäre Aufhebung aller Klassenunterschiede im Rahmen der Klassengesellschaft und damit die letzte Armee zur Verteidigung des Privateigentums.

Die Aufgabe der Terrorbanden ist die Zerstörung des Masseneinflusses der proletarischen Organisationen, zu der der legale Staatsapparat letzten Endes nicht ausreicht. Daher sind Form und Kampfmethoden dieser Terrorbanden dem jeweiligen Entwicklungsgrad der proletarischen Organisationen angepaßt.

8. Der deutsche Faschismus

Auch die deutsche Bourgeoisie wird mit dem raschen Fortschreiten der Niedergangskrise in raschem Tempo der faschistischen Situation entgegengeführt. Sie fühlt ihre Herrschaft bedroht durch die — wenn auch zunächst noch gebundenen — Möglichkeiten einer revolutionären Machtentfaltung der proletarischen Massenorganisationen, die mit der grausigen Zuspitzung der Massenverelendung immer drohender wird. Die politische Zerklüftung der Bourgeoisiefaktionen, der Agrarier, des Chemiekapitals, der Schwerindustrie, des Großhandels, macht die bürgerliche Klasse mit der fortschreitenden Verschärfung des Interessengegensatzes durch die fortschreitende wirtschaftliche Zerrüttung politisch immer aktionsunfähiger. Der Abenteurer Hitler schuf aus der Massenverelendung des industriellen Mittelstandes die terroristische Massenarmee, die in demselben Maße noch Mussolinis faschistische Banden an Zahl und Organisation übertrifft wie die Millionenarmee der organisierten Proletarier in Deutschland die italienischen Arbeiterorganisationen. Geführt von Offizieren der alten kaiserlichen Armee und anderen Abenteurern, die größtenteils in der Noskeschen Konterrevolution, im Kapp-Putsch, in den schlesischen Grenzschutzbanden ihre konterrevolutionäre Feuerprobe empfangen haben, steht sie zum

Einsatz gegen das Proletariat bereit. Stahlhelmbanden, Studentenorganisationen und andere Verbände bieten die Möglichkeit der Ergänzung. Die faschistische Partei, fest organisiert, zentralistisch geführt, wartet darauf, daß ihr die politische Organisation der Diktatur zufällt.

Auch die um ihr Eigentum besorgte Kleinbauernmasse, tief aufgewühlt durch die Agrarkrise, ist als soziales Fundament der faschistischen Diktatur vorhanden. In diesem Fundament aber liegt bereits sozialer Sprengstoff, da die Existenz der Klein- und Mittelbauern in Deutschland bereits an vielen Stellen in offenen Konflikt mit dem kapitalistischen Privateigentum geraten ist.

Sind Großgrundbesitz, Großbauern und ein Teil der Mittelbauern mit dem Monopolkapital verflochten durch Kredite größten Stils, von ihm abhängig, durch ihre parasitäre Existenz auf Kosten der Proletarier und Kleinbauern untrennbar an den Staat des Monopolkapitalismus gebunden, so hat eine tiefe Revolutionierung der Kleinbauern und des größten Teils der Mittelbauern eingesetzt. Die wirtschaftliche Zerrüttung auch der Großlandwirtschaft, dank ihrer durch die Zölle geschützten technischen Rückständigkeit, verhindert zwar zunächst noch das offene Ausbrechen des Klassengegensatzes auf dem Land, treibt aber in der Krise die Kleinbauern noch an die Seite des Großgrundbesitzes, gibt ihrer Rebellion einen reaktionären Charakter. Jeder Versuch, diese Bindung zu festigen durch landwirtschaftliche Teilrentierungen und Vollstreckungsschutz muß aber krisenverschärfend zurückwirken auf die monopolkapitalistische Kreditwirtschaft. Je rascher die Krise fortschreitet, um so mehr gerät die Steigerung der Agrarzölle in Widerspruch mit den Existenzbedingungen der kapitalistischen Gesellschaft, um so stärker wird also die Tendenz der Bauernrebellion in den Klassenkampf der Klein- und Mittelbauern gegen das Monopolkapital und damit gegen die mit ihm verbundenen Großbauern und Großgrundbesitzer umschlagen.

Hinter der reaktionären Fratze der nationalistischen Bauernaufstände lauert bereits die Revolution auf dem Lande. Denn auch für das Kleinbauernum lautet heute die objektiv gestellte Frage: Sozialismus oder Barbarei. Nur in der sozialistischen organisierten, mit den modernsten Produktionsmitteln auf größter Stufenleiter betriebenen Agrarproduktion ist die Möglichkeit zur Rettung der deutschen Landwirtschaft vor dem völligen Untergang gegeben.

Die konservative Bauernrebellion der Schwarzen Fahne kann daher unter bestimmten sozialen Bedingungen umschlagen in eine revolutionäre Aktion, die sich gegen das Privateigentum richtet, wie die gewaltsame Verhinderung von Zwangsversteigerungen ankündigt. Aufgabe der revolutionären proletarischen Partei ist es, diese Entwicklung zu fördern, indem sie — ohne die geringste Konzession an die nationalistische und reaktionäre Ideologie der Bauernrebellion — sie systematisch gegen die Ausbeuter der Klein- und Mittelbauern, gegen die Großgrundbesitzer, die Herren von Kredit, Kali und Maschinen zu leiten sucht.

Das besondere Kennzeichen dieser terroristischen Bewegung ist ihre pseudo-sozialistische Ideologie, in der sich die Tatsache ausdrückt, daß diese Bewegung auf dem Boden der bisher schwarzen Krise des Kapitalismus sich entwickelte und zwar in dem Land, das diese Krise am konzentriertesten hervorgebracht hat und zugleich die stärksten sozialistischen Klassenorganisationen des Proletariats besaß. In dem Maße jedoch, wie die Realisierung der terroristischen Diktatur näherrückt, verschwindet auch hier die sozialistische Terminologie hinter dem Schrei nach dem Schutz von Privateigentum, Ruhe und Ordnung, Religion und Familie.

Von der Seite des Proletariats ist in Deutschland die Voraussetzung der faschistischen Situation noch nicht vollkommen erfüllt. Zwar hat die Herrschaft des Reformismus über die Massenorganisationen und deren dadurch bedingte Verkettung an den bürgerlichen Staat auf der einen Seite, auf der anderen Seite die Unfruchtbarkeit der Politik der kommunistischen Partei das Proletariat in eine solche politische Schwäche hineingeführt, daß es bisher nicht nur unfähig war, die Niedergangskrise zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft auszunutzen, sondern daß es sogar fortlaufend weiter geüht wurde. Aber das deutsche Proletariat hat in seinen Massenorganisationen eine so gewaltige latente Kraft angesammelt, daß eine zielbewußte revolutionäre Führung noch immer die Möglichkeit hat, es zum Sieg über die Bourgeoisie zu führen, bevor der Faschismus diese Organisationen zerstört, damit die Hoffnung einer ganzen Arbeitergeneration auf ein menschenwürdiges Dasein vernichtet, die Arbeiterklasse der zügellosesten Ausbeutung und Unterdrückung preisgibt, und die weitere — dann allerdings um so notwendiger — revolutionäre Arbeit unter die schwersten Bedingungen stellt.

(Fortsetzung folgt!)



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

56. Fortsetzung.

Herrn Fish erscheint diese Rede reichlich merkwürdig. Er war auf alles eher als das gefaßt. Die Worte Vandercocks sind reichlich dunkel. Trotzdem beeilt er sich, sein Kommen zu versprechen.

Aber jetzt hört er Mildred Allen, eine Freundin Marjories, sprechen. Nicht etwa mit gesenkter Stimme, sondern laut und deutlich. Sie weist ganz offen auf ihn.

„So etwas, was sich dieser Kellner hier erlaubt, ist nur in Amerika möglich. Uns mit Biblizitäten zu kommen! Er sollte in die Mission zu den Obdachlosen gehen.“

„Laß ihn doch, er ist spießig; sein Pastor hat ihm wahrscheinlich den Himmel verspro-

chen, wenn er uns zu dem guten Weg bekehrt. Er hat sicher gehört, die gute Gesellschaft sei zu frivol.“

„Echt amerikanische Sitten“, läßt sich wieder Mildred vernehmen, „daß einem überall die Bibel vor die Nase gehalten wird. In Wirklichkeit wird sie aber von niemandem gelesen, so merkt man wenigstens nicht, was für ein gefährliches Buch sie ist.“

Herr Fish fühlt sein Herz stillstehen. Warum wird er plötzlich für einen Heilarmeeprediger oder Sektierer gehalten? Hier geht etwas nicht mit rechten Dingen zu.

Er beeilt sich, den Rest des Briefpaketes, das er so sorgfältig über seinem Herzen trug, herauszunehmen. Nicht einmal die Gefahr

kümmert ihn mehr, hinausgeworfen zu werden. Er blättert feberhaft, er will seinen eigenen Augen nicht trauen: es ist die Schrift Marjories, ihr Briefpapier, aber statt der die Strongs kompromittierenden Briefe hält er ein großes Paket Biblizitate in der Hand. Er liest: „Die Starken bedürfen keines Arztes, sondern die Kranken“, — „Ich bin gekommen, zu rufen die Sünder zur Buße und nicht die Gerechten“, — so ging es weiter von Seite zu Seite: „Und ich sage euch auch, macht euch Freude mit dem ungerechten Mammon, auf daß, wenn ihr nun darbet, sie euch aufnehmen in die ewigen Hütten.“ — Immer noch hofft Herr Fish, wenigstens einige der Originalbriefe zu entdecken, aber er hält nur Bibelsprüche in der Hand.

Ogleich er sich für so besonders schlau hielt, war er kopflos in die Falle gegangen. Hatte er sich wirklich eingebildet, Herr Strong würde nicht schnell Mittel finden, um ihn unschädlich zu machen? Der „schöne Alex“ konnte sich ins Fäustchen lachen. Er war mit Herrn Strong im Bunde, und er, der schlaue Herr Fish hatte nichts gemerkt, ließ sich das Briefpaket in der Tasche vertauschen. Jetzt hatte sich der „schöne Alex“ gesund gemacht.

In dieser Annahme täuschte sich Herr

Fish nicht. Die Flüsterkneipe in der 81. Straße New-York-Ost war dem „schönen Alex“ sicher. Er sah schon in seine Träume die 81. Straße mit Betrunknen besät, die alle aus seiner Kneipe kamen.

Ja, Herr Fish muß sich eingestehen, daß er Herrn Strong bei weitem nicht gewachsen sei. Es bleibt ihm wirklich nichts anderes übrig, als zu Herrn Vandercock zu gehen und die Außenreklame für die Bethäuser zu machen.

18.

Es ist schon dunkel, als Ingrid und Salvatore zurückfahren.

Von unwirklicher Schönheit ist jetzt die Stadt. Als hätte die Dunkelheit sich wohl-tätig über alles Häßliche geneigt, als hielte sie das Alltägliche verborgen oder machte es so phantastisch, daß es aufhörte, häßlich zu sein.

Die Straßen der Armen mit der gespenstisch wehenden Wäsche, den Feuer-treppen, die die Häuser umgittern; die kleinen, schmutzigen Hotels, die Märkte in den Seitenstraßen, die jetzt von Menschen belagert sind, dann im Halbdunkel, im Schatten der leuchtenden Wolkenkratzer.

Düsseldorf

Angelika Balabanoff sprach in einer öffentlichen Versammlung unserer Partei über das Thema: „Droht ein neuer Weltkrieg?“ Obwohl wir vor einigen Tagen erst eine öffentliche Versammlung mit dem Genossen Fritz Sternberg hatten, war auch zu dieser Versammlung der obere Saal des Volkshauses bis auf den letzten Platz besetzt. In ihrem Vortrage führte Genossin Balabanoff aus, daß ein neuer Weltkrieg nicht nur droht, sondern bei der heutigen politischen Lage unvermeidlich wird. Der Krieg in Ostasien zwischen Japan und China ist schon der Auftakt zu neuem ungeheuerem Völkermorden. Die schönsten Reden, die heute in Genf gehalten werden, können über diese Tatsachen nicht hinwegtäuschen. Der Faschismus führt unbedingt zu neuen Kriegen. Noch schreiten wir über die Leichen des letzten großen Weltbrandes, überall sehen wir noch seine gewaltigen Erschütterungen, und schon kann sich die kapitalistische Klasse aufs neue die Vorbereitung eines noch weit schlimmeren Krieges erlauben. Wir erleben heute die vierte große Niederlage der II. Internationale. Diese Niederlage begann mit dem 4. August 1914. Hier ging der Glaube an die Kraft der Internationale verloren, und die Lage hat sich bis heute noch verschlechtert. Gerade die deutsche Arbeiterschaft erlebt heute, daß sich eine große Partei wie die SPD bereitfindet, einem hervorragenden Vertreter des Krieges bei der kommenden Präsidentenwahl ihre Stimme zu geben. Der Umfall der deutschen Sozialdemokraten von 1914 wird durch einen sich noch weit schlimmer auswirkenden Verrat wiederholt. Wiederum sehen wir, daß es die deutsche Sozialdemokratie ist, die bereit ist, der herrschenden kapitalistischen Klasse beizustehen. An der Aussprache beteiligten sich Genosse Lubinski (KP-O), Genosse Zöllig und ein parteiloser Arbeiter. Im Schlußwort behandelte Genossin Balabanoff die Stellung der Sowjetunion in diesem imperialistischen Ringen. Sie forderte die Schaffung der proletarischen Kampffront, die allein in der Lage ist, die drohenden Gefahren für die Arbeiterschaft abzuwenden.

Tarifsenkung bei der Rheinbahn. Der Aufsichtsrat der Rheinbahn hat in seiner letzten Sitzung folgende Tarifsenkung beschlossen:

1. Der Heftchen-Fahrschein erhält zweimalige Umsteigeberechtigung und wird im Preise auf 15 Pfennig gestellt, so daß das Heftchen für 1-3 Teilstrecken für fünf Fahrten 0,75 Mark kostet.

2. Die Wochenkarten-Preise werden wie folgt gesenkt:

Für 6 Fahrten: 1-3 Teilstrecken von 0,70 auf 0,65 M., 4-5 Teilstrecken von 0,90 auf 0,85 M., 6-10 Teilstrecken von 1,20 auf 1,10 M., 11-15 Teilstrecken von 1,40 auf 1,30 M.
Für 12 Fahrten: 1-3 Teilstrecken von 1,20 auf 1,10 M., 4-5 Teilstrecken von 1,70 auf 1,60 M., 6-10 Teilstrecken von 2,10 auf 2,00 M., 11-15 Teilstrecken von 2,50 auf 2,40 M.
Für 24 Fahrten: 1-3 Teilstrecken von 2,20 auf 2,10 M., 4-5 Teilstrecken von 2,80 auf 2,70 M., 6-10 Teilstrecken von 3,50 auf 3,30 M., 11-15 Teilstrecken von 4,00 auf 3,90 M.

3. Die Preise der Teilstrecken-Monatskarten und der persönlichen Monatskarten werden um je 2 Mark und der unpersönlichen Monatsvollkarten um 3 Mark herabgesetzt. Ferner wird als Ersatz für eine Innennetzkarte eine neue Teilstrecken-Monatskarte für 16 bis 20 Teilstrecken zum Preise von 18 M. eingeführt.

4. Die Schüler-Monatskarten werden in allen Preisstaffeln um 0,50 Mark gesenkt und die Schüler- und Lehrlingswochenkarten den neuen ermäßigten Wochenkarten-Preisen angepaßt.

Hamburg

Das Hamburger Orchester, dem im vergangenen Herbst von der Stadtverwaltung gekündigt worden war, das aber einstweilen weiterbeschäftigt worden war und nach Ablauf der Spielzeit in den städtischen Bürodienst übernommen werden sollte, ist jetzt nach Zustellung der Papiere fristlos entlassen worden.

Ahlen

Die Mitglieder haben nichts zu sagen. Bei unserem Bestreben, die Arbeiterschaft zu revolutionieren, zeigen sich Genossen der „linken“ SPD oft erst im richtigen Licht. Eine besonders von Gnaden des Stadtoberspektors Wellbrock (SPD) lebende Person ist der scheinradikale Karl Thiemann, der heute für proletarische Einheitsfront und morgen für „Eiserne Front“ agitieren kann, der einer Resolution mit der Forderung „Sturz der Regierung Brüning“, „Bildung eines überparteilichen Abwehrkartells“ zustimmt und einige Tage später die „Eiserne“ in den Sattel zu heben versucht. Ein Glanzstück leistete sich dieser in der letzten Bergarbeiter-Zahlstellenversammlung, als er über den Antrag: „Die Zahlstelle Ahlen II schließt sich der proletarischen Einheitsfront an“, nicht abstimmen ließ. Begründung: SAP und KPO seien „Grüppchen“, denen die Mission der Einigung des Proletariats nicht zufalle. Noch deutlicher entpuppte er sich in seiner Stellung zur Reichspräsidentenwahl. Sein „Spezi“, der bekannte Eckarth, erklärte, daß die Stunde käme, in der mit allen abgerechnet würde, die sich nicht in das „eiserne Buch“ eingetragen hätten. Hindenburg habe bis heute noch nicht gegen die Verfassung verstoßen, deshalb müßte er gewählt werden. Die revolutionäre Arbeiterschaft Ahlens wird auch in der Gewerkschaft die Voraussetzung schaffen, die es ihr ermöglicht, zu kämpfen und nicht sich totzudulden.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf der Zeche Westfalen. Der Hauer Hugo Thiemann aus der neuen Siedlung geriet

„Naturfreunde“ — Filiale der SPD?

„Eiserne Front“ war das Thema der letzten Versammlung der Nürnberger „Naturfreunde“-Ortsgruppe. Referent war Genosse Schnepfenhorst, 1. Vorsitzender der SPD Nürnberg. Der „berühmte“ Name allein ruft die Erinnerung an ein „berühmtes“ Kapitel in der bayerischen Rätezeit wach. Der Zweck des Referats, die Mitglieder des Vereins in die „Eiserne“ einzureihen, wurde fast restlos erreicht. Ein Genosse der SAP, der es wagte, zu den Ausführungen des SPD-Führers Stellung zu nehmen, wurde tätlich angegriffen und in hohem Bogen aus dem Versammlungsort befördert. Hier bewiesen die SPD-„Marxisten“, daß sie sehr gelehrige Schüler der Nazis geworden sind. Die „Eisernen“ hielten sich darüber auf, daß unsere Genossen sich Notizen über diese Vorfälle anfertigten. Der Leiter der „Naturfreunde“-Jugend, Hans Bauerfeind, der vor Gründung der SAP in der Jugendabteilung noch den Genossen Seydewitz referieren lassen wollte, um die

linke Stellung der „Naturfreunde“-Jugend offen kundzutun, will heute dafür sorgen, daß alle revolutionären Elemente (SAP und SJV) aus der Organisation herausgeworfen werden. Die Abstimmung zeigte, daß die Macht des Apparates noch gewaltig ist: ganze zwei Stimmen erhoben sich gegen die „Eiserne“ und für die rote Klassenfront. Die beiden Genossen, die so gegen die Überzahl ihre Überzeugung vertraten, wurden auf ihr „organisationschädliches“ Verhalten hingewiesen und aufgefordert, ihre Mitgliedsbücher an die Verwaltung der Naturfreunde abzuliefern. — So sieht die hiesige „Naturfreunde“-Gruppe also aus: Steigbügelhalter für die Interessen einer politischen Partei. Spaltungsarbeit innerhalb der Arbeiterschaft, über die man bei der KPD schreibt und zeteriert, wird durch den SPD-Einfluß vollständig und gründlich in Angriff genommen, ohne daß Mitglieder sich dagegen wehren können. Egal legal!

zwischen einen Steinwagen und Loren und zog sich schwere innere Verletzungen, Beckenbruch und Quetschungen zu, die seine Einlieferung ins Krankenhaus erforderten. — Auch hier ist wie bei fast allen Unfällen im Bergbau das Treibsystem schuld, welches dem Kumpel nicht erlaubt, zuerst für seine Sicherheit zu sorgen.

Ratingen

„Die SAP ist tot.“ So verkündete der Parteisekretär der SPD, Richter, mit Phatos auf der diesjährigen Unterbezirkskonferenz in Düsseldorf. Trotz allem Salbadern Richters kann der Ortsverein der SPD weder leben noch sterben. Und wenn Richter meinte, der heutige Ortsverein Ratingen der SPD liefere mehr Geld an den Unterbezirkskassierer ab als der frühere, so wirkt das geradezu lächerlich.

Die Bescheidene. Die Volkszeitung berichtet über die „gutbesuchte“ letzte Versammlung des Ortsvereins der SPD. Wie bescheiden diese Herrschaften doch geworden sind! Denn ganze 18 Besucher zählte die „gutbesuchte“ Monatsversammlung der SPD. Vor kurzem noch prahlte die zusammengelaunte SPD damit, daß ihre Versammlungen vor Gründung der SAP niemals einen solch „überwältigenden“ Besuch aufwiesen hätten wie jetzt, hingegen die SAP-Mitgliederversammlungen gähnend leer seien. Wir können der SPD verraten, daß von den vier Mitgliederversammlungen seit der Gründung eine einzige — die in der Weihnachtswoche — eine Besucherzahl unter 100 aufzuweisen hatte.

„Appell des Düsseldorf Reichsbanners.“ Um das für die „eiserne“ Veranstaltung vorgesehene Lokal — zuerst war ein bedeutend größeres vorgesehen — doch noch leidend zu füllen, wurden auf der Straße die Eintrittskarten gratis verteilt. Das im Saale anwesende Publikum setzte sich zum kleinsten Teile aus Einheimischen zusammen. Die Mehrzahl der Besucher — abgesehen von den Neugierigen — waren auswärtige Reichsbannerformationen. Alles in allem mochte es der „Eisernen“ wohl gelungen sein, 300 bis 350 Besucher zusammenzutrommeln. Das bedeutet eine klare und entschiedene Absage der Ratinger revolutionären Arbeiterschaft an die „Eiserne“.

Alsdorf bei Aachen

Der fromme Sprößling des Industriellen Röchling von „Karl-Alexander“ bei Baasweiler bedrohte vor einigen Tagen im unterirdischen Betrieb in unverschämter Weise die Bergleute Paul Kastetzi, Baasweiler, und Lehmann aus Kellersberg mit dem Revolver, nachdem er sie zuvor angebrüllt und drangsaliert hatte. Als die beiden Bergleute, was ihr gutes Recht ist, die Anschauerei sich nicht gefallen ließen und einige Bemerkungen machten, zog Röchling einen Revolver und brüllte aus Leibeskräften: „Hände hoch! Hände hoch!“ Sofort mußten die Kumpels ihre Arbeitsstelle verlassen. Als das dem Röchling nicht schnell genug ging, schrie er fortwährend: „Wollt ihr wohl laufen!“ Einem zurückgebliebenen Kumpel schrie er zu: „Achtung, es gibt blaue Bohnen!“ Es ist also soweit gekommen, daß die Bergarbeiter nicht nur durch Lohnraub, Unfallrentenraub und Antreiberi gequält werden, sie werden sogar bei der schweren Arbeit mit dem Revolver bedroht. Damit hat auf „Karl-Alexander“ die Sklaverei ihre Fortsetzung gefunden. Wir sind neugierig, was Bergbehörde und Staatsanwaltschaft zu dieser Handlungsweise des Tyrannen sagen.

Mainz

„Wir tolerieren — damit die Rechte der Arbeiterschaft nicht verloren gehen.“ Das ist die vielgepriesene Parole der SPD. Wie sieht's aber in Wirklichkeit aus? Die letzte Notverordnung Brünings sieht auch eine Anrechnung der Unfallrenten auf die Altersrenten bei Arbeitsinvaliden vor. Folgender Fall kennzeichnet sehr treffend, wie durch die Notverordnungen die Rechte und Errungenschaften der Arbeiterschaft „gewahrt“ werden. Ein 69jähriger Arbeitsinvalid bezieht, da 66 prozentig arbeitsunfähig geschrieben, 70 M. monatliche Rente für sich, Frau und minderjähriges Kind. Zu dieser Unfallrente erhielt er seither entsprechend seinen Beitragsleistungen zur Invalidenversicherung eine monatliche Altersrente in Höhe von 45,50 M. Ab 1. März 1932 tritt nun die Anrechnung in Kraft. Er wird künftig statt den 45,50 M. Altersrente nur noch 20 Pfennige Altersrente pro Monat erhalten. Die Notverordnung wird aber von der SPD toleriert. Und

warum? „Damit die Rechte der Arbeiterschaft nicht verloren gehen.“ Wer's glaubt, wird selig!

Offenbach a. M.

Aus der Sitzung des Stadtrats. — Mißstände auf dem städtischen Gut Waldhof. — SPD im Dienste der Kulturreaktion. Im Anschluß an die letzte Stadtratssitzung berichteten wir von einer Beschwerde des kommunistischen Stadtrats Berger über die Zustände auf dem städtischen Versorgungshaus angegliederten Gut Waldhof bei Bieber. Wir enthielten uns damals jeden Kommentars, weil wir erst die vom Rechtsausschuß an Ort und Stelle vorgenommene Untersuchung abwarten wollten. Heute können wir berichten, daß die Untersuchung inzwischen stattgefunden und nach dem Bericht des beauftragten Ausschusses folgenden Tatbestand ergeben hat: Der Verwalter des Gutes, Kratz, hat die dort beschäftigten Zöglinge in unfähigster Art und Weise beschimpft. Er erlaubte sich sogar bei der Besichtigung in Anwesenheit der Kommission, seine Beschimpfungen fortzusetzen. Außerdem soll er in einzelnen Fällen, was allerdings nicht läckenlos bewiesen werden konnte (es steht Zeuge gegen Zeuge), einem 28jährigen gegenüber die Prügelstrafe in Anwendung gebracht haben. Weiter wurde festgestellt, daß man den Zöglingen die Elbstecke vorenthielt, weil sie angeblich mit Messer und Gabel nicht umgehen könnten. Auch befanden sich die Aufenthaltsräume bei der Besichtigung in unwürdigem Zustand. Wie trotz dieser Feststellungen die Stadtverwaltung dazu kommt, einen Antrag zu stellen, der die Beschwerde der KPD als ungerechtfertigt erklärt und die dazu gestellten Anträge abgelehnt wissen wollte, ist uns unverständlich. Umso mehr, als die Bürgermeisterei selbst über angeordnete Instandsetzungen und Verbesserungen berichtet mußte und beantragte, dem Verwalter Kratz eine ernste Verwarnung zuteil werden zu lassen. Nach längerer Debatte, an der sich von den proletarischen Vertretern außer der SPD, die diese Dinge nicht sonderlich berühren, Berger (KPD), Galm (KPO), Rudolph (SAP), Heuke (KPO) und Keil (KPD) beteiligten, wurden die Anträge der Stadtverwaltung angenommen. Die Redner wandten sich besonders gegen die Berichterstattung des Bourgeois-Vertröters Weiser und gegen die Methode der Stadtverwaltung, zu ihrer Entlastung nachzuweisen, daß es sich bei den Zöglingen um assoziierte Elemente handele. Von der SPD versuchte lediglich Rochlitzer, der KPD pädagogische Ratschläge zu erteilen, indem er den Standpunkt vertrat, daß man durch öffentliche Behandlung solcher Dinge der Jugend keinen Dienst erweise. — Ebenfalls eine längere Debatte entwickelte sich über die beantragte Herabsetzung der Lehrstellen an der hiesigen Volksschule von 23 auf 16. Remy (SPD) befürwortete die Herabsetzung „im Interesse der Finanzen“ und polemisierte gegen einen Antrag der KPO (Galm) auf Belassung des seitherigen Zustandes. Gleichzeitig plädierte er für die Schaffung eines 9ten Freiwilligenjahrs, wodurch die Klassenfrequenz noch höher würde. Buckpesch (KPO) begründet den Antrag seiner Fraktion mit der hohen Klassenfrequenz, die sich heute dem Jahre 1922 gegenüber schon fast verdoppelt habe. Er schildert die Not der Junglehrer und gibt bekannt, daß für 500 Freidenkerkinder keine geeigneten Lehrkräfte vorhanden sind. Lehrer Wagner (SPD) erkannte die Mißstände an, stimmte aber trotzdem dem Abbau zu. Dann schilderte Genossin Rudolph (SAP), daß bei über 200 Lehrkräften nur eine unter 30 und 9 unter 35 Jahren sind. Sie erblickte darin eine Gefahr für die Kinder und deren Elternhaus, der man entgegenwirken solle. Herd (Zentrum) steht auf dem Standpunkt, daß in Offenbach zu viel Freidenkerlehrer seien, er betrachte die Lehrer, die keinen Religionsunterricht erteilen, als Freidenkerlehrer. Keil (KPD) und Söllner (KPO) wandten sich gegen den Antrag der Verwaltung, der nochmals von Galm verteidigt wurde, während Galm die Schuldfrage für diese Mißstände, die von allen Rednern anerkannt werden, vom großpolitischen Gesichtspunkt aus unter die Lupe nahm und dafür die Parteien verantwortlich machte, die hinter den Notverordnungen stehen. Besonders bedauerte er, daß hier an 17.500 RM. gespart werden sollen, während für die Universität in Gießen nicht weniger als 4 Millionen im hessischen Etat zu finden sind. Auch sei noch Geld für den Mainzer Dom vorhanden. Bei der Abstimmung stimmte die SPD getreu ihrem Verhalten in anderen Körperschaften, mit der Kulturreaktion für die Herabsetzung der Lehrstellen.

Der Antrag der KPO wurde abgelehnt. — Weiter abgelehnt, mit denselben Stimmen, wurde ein Antrag der KPO gegen die Einschränkung der Mietzuschüsse an Fürsorgeempfänger. — Dem sozialen Ausschuß überwiesen wurden Anträge auf Schaffung eines Auslösungsfonds für die Pfänder am städtischen Leihhaus und auf Gewährung eines Zuschusses an die Kinder der Erwerbslosen, die Ostern aus der Schule entlassen werden. Weitere Anträge auf Senkung der Zinsen der Siedlungsbauten, der Mieten in städtischen Wohnblöcken und der Pachtpreise bei Kleingartenpächtern wanderten einstimmig in den Bau- und Finanzausschuß und ein Antrag Heuke (KPO) mit dem Ziel qualitativer Verbesserung des Essens in der Volksschule zur Prüfung an die Verwaltung. Ein Antrag der KPD auf Auszahlung der bewilligten Winterbeihilfe wurde nicht behandelt, weil die SPD mit den Bürgerlichen gemeinsam die Dringlichkeit ablehnte. — Zum Schluß trat Bürgermeister Eilbert (SPD) in den Ruhestand. Dieses Ereignis ist deshalb auch über Offenbach hinaus von Bedeutung, weil Eilbert der erste höhere sozialdemokratische Verwaltungsbearbeiter war, der in der Vorkriegszeit (1905-6) bestätigt wurde. Sein Posten wird durch Verteilung an andere Dezernate eingespart werden. — Zu Beginn der Sitzung gab die KPD-Fraktion eine Erklärung ab, daß sie im Gegensatz zur Reichsleitung hinter Galm stehe und mit ihm ihre seitherige Politik fortsetzen wolle.

Nürnberg

SPD in der Sackgasse. So lautete das Thema der öffentlichen Versammlung, in der Genosse Sauer die Katastrophpolitik der SPD und ihr neuestes und gefährlichstes Tauschungsmanöver an der Arbeiterschaft einer gründlichen Kritik unterzog und für die Einheitsfront des Proletariats und den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann eintrat. In der Diskussion, an der sich KPD- und SAP-Genossen beteiligten, zeigte es sich, wie weit wir es noch zum gemeinsamen Handeln haben. Trotzdem waren fast alle Diskussionsredner sachlich, wenn auch sehr scharf. Eine Ausnahme machte der KPD-Genosse Heilbrunn, der in dreiviertelstündiger Rede die Ausführungen des Referenten und die SAP angriff. Interessant ist nur ein Satz Heilbrunns: „SAP-Genossen, wir danken es euch nicht, daß ihr für Thälmann stimmt, wenn ihr euch nicht vollständig hinter die Parolen der KP stellt.“ Ein anderer PD-Redner stellte die Behauptung auf, die SAP sei Mitglied der II. Internationale. Bei solchen Äußerungen war es ein leichtes, die Widersprüche der KPD-Genossen zu widerlegen, was unser Genosse Habermeyer denn auch gründlich besorgte. In seinem Schlußwort beleuchtete der Referent noch einmal scharf die Ausführungen der Diskussionsredner. Er forderte die kommunistischen Genossen auf, erst einmal gemeinsam mit uns zu arbeiten. Im Kampf, in der Arbeit beweist sich erst, wem die Führung der Arbeiterschaft zusteht. Nach sehr starkem Beifall wurde mit dem Gesang der Internationale die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

Ein verspäteter Faschingscherz der Nazis. Während unsere verantwortungsvollen Stadtväter ihre weisen Köpfe wiegen und sich über die wachsenden Ausgaben der Stadt viele (oder auch vielleicht keine?) Gedanken machen, haben sich die Nazis den Sinn für Humor bewahrt. Sie brachten in der letzten Stadtratssitzung einen Dringlichkeitsantrag ein, der forderte, daß der frühere Hindenburgplatz, später in Rathenauplatz umgetauft, wieder in Hindenburgplatz umgewandelt werden solle, „weil sich die Haltung der Stadtratsmehrheit zum Reichsoberhaupt positiv geändert habe“. Das Lachen der SPD-Fraktion über diesen Antrag klang allerdings etwas gequält. Daß sich ihre Reichspolitik bis in die Kommune verirrt, war ihnen sichtlich unangenehm.

SA-Horden stürmen ein sozialistisches Jugendheim. 30 bis 40 SA-Leute drangen in das Heim der Sozialistischen Arbeiterjugend am Plänersberg ein. Zwölf Genossen des Jungbanners, meist 15-16jährige Lehrlinge, wurden von den Banditen Hitler mit Stuhlbeinen, Schlagringen, Eisenstangen und Gummiknütteln erbärmlich zugerichtet. Auf den Ruf „Polizei!“ flüchteten die Nazianhänger. Einer konnte jedoch gefaßt und überführt werden. Er hat ein volles Geständnis abgelegt. Der Ueberfall der bis zu 30 Jahre alten SA-Leute war völlig vorbereitet. Sie wußten, daß hier nur Lehrlinge zusammenkommen und durch die abseitige Lage des Heims in einem Park der Angriff begünstigt wurde. Erwachsenen Arbeitern wären sie nicht entkommen, ohne Haare zu lassen. — Jungbannergenossen, für euch aber gilt es: Stimmt nicht ein in das Anklagegewinsel, das die „Fränkische Tagespost“ gegen Groener erhebt. Er wird den Nazispuk nicht bannen können. Der verflögt nur, wenn ihr euch einreihet in die roten Abwehrstaffeln des kämpfenden Proletariats!

Organisationsnachrichten

SAP Ratingen: Dienstag, 1. März, 19.30 Uhr, im Volkshaus allgemeine Funktionärsitzung der SAP.
SAP Köln-Mülheim: Samstag, 27. Februar, 20 Uhr, öffentliche Versammlung im Lokal Straße vorm. Richter, Oskar-Ecke, Luisdorfer Straße.
Genosse Dr. Staruberg spricht über „Eiserne Front oder Einheitsfront?“ Sord für Massenbesuch!
SAP Köln-Ehrenfeld: Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Lokal Latten, Wenzelstr. 395, öffentliche Versammlung mit Dr. Fritz Sternberg als Redner. Thema: „Eiserne Front oder Einheitsfront?“ Klüssengenossen, kommt alle!
SAP Frankenthal u. Umg.: Donnerstag, 3. März, zweiter Schulungabend der Ortsgruppe Frankenthal mit Gen. Ritter, Mannheim, über „Krieg und Klassenkampf im Fernen Osten“. — Samstag, 5. März, öffentliche Versammlung im Bobenheim. Redner: Gen. Kite Frankenthal, Berlin. Mitglied des Preußischen Landtags. Thema: „Eiserne Front oder proletarische Klassenfront?“. — Samstag, 5. März, öffentliche Versammlung in Oppau. Redner: Genosse Andreas Quessel, Darmstadt. Thema: „Arbeiterschaft und Sowjet-Union“. — Sonntag, 6. März, Unterbezirkskonferenz für die Ortsgruppen: Bobenheim, Roxheim, Lambheim, Oppau und Frankenthal.

